
Nr. 197 | März / April 2017
zeck
Das Godzilla Fanzine aus der Roten Hölle
REMEMBER ME?
THIS TIME I'M COMING FOR GERMANY
MAKE A MESS
OF THE MESSE

Hey liebe Freund innen der analogen Bildung
und Bewegung,
die Zeck hat Geburtstag!! TATAA!!

Vor 25 Jahren, im März 1992, ist die Zeck das erste Mal als „Das Flora Info" erschienen, das sich bereits im April 92 mit der zweiten Ausgabe als „ZECK" benennt. Um von der Flora aus Öffentlichkeitsarbeit zu machen, sollten Diskussionen, Terminkalender sowie Beiträge anderer Gruppen abgedruckt (naja, zusammengeklebt und kopiert) werden und damit einen Einblick in die Arbeit und das Geschehen im Kasten und drumherum geben.
Und auch diese Mal haben wir euch eine Mischung aus Texten zusammengestellt: wenig zugesendete, wie jener vom Gefangeneninfo (wenn uns hier auch nicht auf Anhieb ersichtlich war, warum und in welchem Kontext das gedacht sein sollte) und einige aus dem Netz. Wir freuen uns, wieder Texte zum G20 abzudrucken sowie über all die Aktionen, die ihr im Doku-Bereich findet. Schauen wir mal, was der Aktionsmonat April so mit sich bringt!
Mit großen Schritten nähern wir uns dem Sommer und dem Gipfel der Unsympart_innen in den Messehallen. Alles läuft sich langsam warm und auch, wenn es noch an vielen Stellen hakt und holpert, blicken wir wir gespannt auf bewegende Tage in dieser verdammten Stadt.
Wir sind sicher, dass viele Freund_innen aus nah und fern uns dabei unterstützen werden, die Stadt Hamburg lahm zu legen und für einen bleibenden Eindruck zu sorgen. Der nachtaktive Arm unserer Szene ist bereits sehr umtriebig und setzt fleißig Nadelstiche.

Auch die Choreografie steht langsam:
- Do 06.07. radikale Vorabend-Demo
- Fr 07.07. Aktionstage rund um die Rote Zone und den Hafen
- Sa 08.07. „ alle zusammen Großdemo"
- So 09.07. „plitti platt" die Scherben anschauen

Aktuelle Infos findet ihr im Netz:
g20tohell.blackblogs.org
tschuess.noblogs.org
www.g20hamburg.org
www.g20-hamburg.mobi
antig20berlin.noblogs.org
g20-demo.de



www.g20-entern.org
Wir sehen uns auf der Straße! G20 zum Desaster machen!

By the way: In Hamburg-Barmbek haben Nazis einen „Thor Steinar"-Laden eröffnet, in dem sie fortan ihr „Ed Hardy" für Faschos verkaufen wollen. Fuhlsbütteler Straße 257: Der Ladeninhaber freut sich sicherlich über sportlichen Besuch.
Vor mehr als zehn Jahren gab es bereits für kurze Zeit einen Steinar-Laden mitten in St. Pauli. Aufgrund heftiger Proteste und direkter Aktionen musste er ebenso schnell schließen wie der Steinar-Laden, der wenige Jahre später in der Innenstadt sein Glück versuchte. Auch die am Stadtrand eröffneten Steinar-Läden in Norderstedt und Glinde sind mittlerweile Geschichte, weil motivierte Antifas und Anwohner_innen eine „vorzeitige Geschäftsaufgabe" durchsetzen konnten. Auf ein Neues!
Ein letzter Satz zu uns und unseren Befindlichkeiten. Zu - zugegeben - völlig unpassender Zeit befinden wir uns als Redaktion in einer Schaffenskrise, die das WIE und OB weiter mit dieser Zeitung betrifft. Wir hoffen euch in der nächsten Ausgabe klarere Aussichten liefern zu können.

Eure Zeck-Redaktion

Impressum

V.i.S.d.P.: K aus Kretschmer, Rothenbaumchaussee 30, 20 48 Hamburg

Kontakt: Zeck, c/o Rote ora, Schu terb att 7 , 20357 Hamburg

Schickt uns eure Beiträge, Artike auf CDs mit bei iegendem Ausdruck, am besten a s Textdatei. Sie können nicht zurückgegeben werden. Artike im Heft geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Redaktionssch uss: der 20. des Vormonats.
Abos: Zeck gibt es im örderabo für 0 Euro à drei Ausgaben. Ge d in einem Umsch ag an: Zeck c/o Schwarzmarkt, K einer Schäferkamp 46, 20357 Hamburg. Ä tere Ausgaben gibt es, soweit vorhanden, gegen eine grosszügige Spende (Briefmarken oder Ge d).

Eigentumsvorbeha t: Die Zeitschrift b eibt so ange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbeha ts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht oder nur tei weise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Tei e - und nur diese - an den Absender mit ausführ icher Begründung der Nichtaushändigung zurückzuschicken (mögen die Zensurrichter bei der Durchsicht erb inden!). Eigendruck im Se bstver ag.

Inhalt	Seite

KURZES

Auf zur zweiten G20-Aktionskonferenz am 8./9. April 2017 in Hamburg

Mit frischen Wind in den Segeln - Gemeinsam planen gegen G20!
Von Hamburg bis München, von Barcelona bis Athen, von Toronto bis Sydney bereiten sich Aktivist*innen auf die Proteste zum G20 vor – die ganze Woche vor dem Gipfel wird Hamburg zum Schauplatz vielfältiger Gegenproteste. Gemeinsam wollen wir den Herrschenden ihre Grenzen aufzeigen und unsere Solidarität und gesellschaftlichen Alternativen gegen ihre mörderische, kapitalistische Zerstörungspolitik präsentieren, die zu immer neuen Kriegen, der Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen, millionenfacher Flucht und globaler Armut führt.
Weltweit erstarken reaktionäre und autoritäre Regime und Bewegungen, die die Verschlechterung der Lebensbedingungen für alle weiter forcieren.
Wir laden alle, die sich dem gemeinsam mit uns widerständig und ungehorsam entgegenstellen wollen, vom 8. bis 9. April 2017 nach Hamburg ein, um auf der zweiten Aktionskonferenz unsere Ideen und Vorstellungen auszutauschen und eine gemeinsame Choreographie der Protestaktionen zu planen.
Am 7. und 8. Juli 2017 wird in Hamburg der G20-Gipfel stattfinden. Dagegen regt sich breiter gesellschaftlicher Widerstand: Plattformen entstehen, Bündnisse bilden sich lokal, überregional und auch international. Geplant sind bislang ein 'Gipfel für globale Solidarität' (05./06.07.), eine Vorabenddemonstration am 06.07., ein Aktionstag am ersten Gipfeltag (07.07.), mit dem der reibungslose Ablauf des G20-Machtspektakels empfindlich gestört werden soll und eine internationale Großdemonstration am Samstag, den 8. Juli. Eingerahmt werden die Aktivitäten von Protestcamps in der ganzen Stadt, in denen sich die vielen tausend Aktivist*innen aus aller Welt zu gemeinsamen Aktionen versammeln werden.

Vielfältig, bunt und widerständig – ein Rückblick auf die erste Aktionskonferenz

Der Startschuss fiel Anfang Dezember: Zu hunderten kamen Aktivist*innen nach Hamburg, um in die konkrete Vorbereitung gehen. In einer Vielzahl von Arbeitsgruppen wird der lokale Widerstand in den Stadtteilen organisiert, bereiten sich feministische und Jugendgruppen auf Aktionen vor, werden Nachttanzdemonstrationen und Raves, werden Blockaden des Gipfels und des Hafens geplant und eine gemeinsame Choreographie der Proteste diskutiert.
Machen wir mit unserem entschlossenen Widerstand deutlich, dass die selbsternannten Retter*innen der Welt nicht willkommen sind – nicht zum G20 in Hamburg oder anderswo!

#################################

HH Gründungsveranstaltung der Bürgerinitiative „Bünt"

Am Mittwoch, den 22. Februar, versammelten sich Interessierte in dem „Forum" des Gymnasium Lohbrügge und folgten dem Aufruf zur Gründung einer Bürgerinitiative gegen eine Unterkunft für Geflüchtete in Lohbrügge, der von Michael Koopmann und Hatem Ghaouar unterzeichnet wurde. Entgegen der Erwartungen der drei sichtbaren Organisator*Innen drückte sich der Großteil der etwa 100 anwesenden Personen gegen die geplante Gründung der Bürgerinitiative aus und diskutierte argumentationsreich. Von den etwa 100 anwesenden Personen gaben ein dutzend ihre Daten an die Bürgerinitiative weiter.
Am Sonntag, den 12. Februar, versammelten sich die Interessierten erstmals nach einem Aufruf von Michael Koopmann in Lohbrügge. Hierbei übernahmen der AfD-Rechtsaußen Ludwig Flocken und eine weitere Person die Durchführung der Veranstaltung und schürten die Wut und rassistischen Vorurteile der anwesenden Personen. Für die Planung des Gründungstreffen der Bürgerinitiative war Ludwig Flocken beauftragt. In den folgenden Tagen gingen AfD-Anhänger*Innen durch die Lohbrügger Nachbarschaft, verteilten Flyer und gingen auf Mitgliederfang. Ein Anwohner berichtete: "Die haben bei uns geklingelt, sich als Problemlöser in Sachen Flüchtlinge vorgestellt und dazu eingeladen, gleich Parteimitglied zu werden".
An der gestrigen Veranstaltung nahmen AfD- und NPD-Anhänger*Innen teil. Unter den anwesenden Personen befand sich der Neonazi Andreas Knüppel, der 2011 als NPD-Kandidat für die Bürgerschaftswahl in Hamburg-Bergedorf antrat und dem Kameradschaftsspektrum zuzurechnen ist. Vor Beginn der Veranstaltung unterhielt sich Andreas Knüppel mit den Organisatoren Michael Koopmann und Hatem Ghaouar.
Viele erwarteten das Erscheinen des AfD-Abgeordneten Ludwig Flocken, der kürzlich den Lohbrügger Wasserturm als Veranstaltungs- und Schulungszentrum mietete. Ludwig Flocken ist für seine rassistischen Reden in der Hamburger Bürgerschaft oder bei den neonazistischen Demonstrationen von MVGIDA und BärGiDa bekannt. An den MVGIDA-Demonstrationen nahm der gestern anwesende Andreas Knüppel (NPD) ebenfalls teil. Um die Initiative nicht unmittelbar zu gefährden blieb Ludwig Flocken der Veranstaltung in den Räumen der Schule aus taktischen Gründen fern. Anwesend waren einige Mitstreiter Flockens, die von AfD-Kundgebungen und Veranstaltungen im Wasserturm bekannt sind.

Im Anschluss an die Veranstaltung trafen sich die Anwesenden Sympathisanten Flockens mit Ludwig Flocken und einem Mann, der bei vergangenen Veranstaltungen als Flockens "rechte Hand" ausgemacht wurde. Jene "rechte Hand" Flockens pflegt gute Kontakte zur NPD Hamburg und war mit Thomas Wulff am 9. April 2016 auf der Hooligan Demonstration in Magdeburg. Das Treffen zeigt, dass sich Ludwig Flocken im Hintergrund hält und weiterhin die Fäden in den Händen hält.
Fraglich ist, warum die Schule einen Raum für eine Bürgerinitiative zur Verfügung stellt, die sich gegen eine Unterkunft für Geflüchtete stellt und Unterstützung von der AfD erhält. Die Schule stellt einen Raum dar, der frei von Ausgrenzung sein muss und somit keine rassistischen Initiativen mit Räumlichkeiten unterstützen darf! Hier ist die Schulleitung des Gymnasium Lohbrügge beraten ihre Position zu überdenken. Hierbei kann die Schule auch ein Beispiel am „Haus Brügge" nehmen, die der Initiative die Räumlichkeiten wieder entzogen hat.
Dass die AfD im Rahmen dieser Initiative auch von Tür zu Tür geht, um für die Partei zu werben, zeigt dass der rassistische Wahlkampf der AfD bereits begonnen hat. Wenn sich zu ihren Veranstaltungen Neonazis der NPD gesellen, wird der Schulterschluss zur extremen Rechten nicht nur durch die Ideologie sichtbar. In rassistischen Initiativen und Propaganda steckt eine große Gefahr für die Gesellschaft. Mit jeder unwidersprochenen Aussage und Veranstaltung verschiebt sich der Diskurs weiter nach rechts. Die Anzahl der Übergriffe und Brandanschläge auf Unterkünfte für Geflüchtete erreichen wiederholt ein Rekordniveau. Erfreulich, dass gestern eine Vielzahl von Menschen den Rassismus der AfD entlarvt und widersprochen haben. Es ist dringend geboten sich weiterhin jeder rassistisch Agitation entgegen zu stellen und den Ausbau rechter Strukturen im Ursprung zu bekämpfen! Statt auf Hass und Ausgrenzung setzen wir auf Solidarität und Empathie!

Keine Räume den Rassist*Innen! Rassistische Agitation in Lohbrügge stoppen!

Antifa Bergedorf

Anti-G20 Aktionsmonat im April

Im Juli findet wie hinlänglich bekannt der G20-Gipfel in Hamburg statt. Wenn sich die Regierungschef_innen der 20 wirtschaftsstärksten Industriestaaten treffen, um zu diskutieren, wie der für viele unerträgliche kapitalistische Normalzustand weiter fortgeführt und ein effektives Management der Krise betrieben werden kann, gilt es dieses nicht einfach hinzunehmen. Mit Protest und Widerstand wollen wir deutlich machen, dass der ganze Scheiß nicht im Bestehenden durch wenige mächtige Regierungschefs wesentlich gebessert, geschweige denn überwunden, sondern dies nur von allen durch eine grundlegende gesellschaftliche Veränderung jenseits von Kapitalismus und Staat erreicht werden kann.

Schon im November 2016 wurde durch den Brandangriff auf die Messehallen in Hamburg zu einem dezentralen Anti-G20 Aktionsmonat für den kommenden April aufgerufen. Diesem Aufruf möchten wir folgen und ihn ebenso nochmal hervorheben. Wir finden es wichtig, internationale dezentrale Momente des G20 Protest miteinander zu verbinden, Bezüge und Solidarität unter den Kämpfen herzustellen. So wichtig wie die Proteste am 07./08. Juli um den Gipfel herum sein werden, ist es auch, diese Widerstände schon im Vorhinein in die Kontinuität antikapitalistischer Politik zu stellen.
Prepare and Organize.

################################

Lübeck: Täter des Messerangriffs identifiziert

Nachdem in der Nacht vom 17. auf den 18. Februar 2017 ein Mitglied der „Identitären Bewegung“ in Lübeck auf einen Antifaschisten einstach und diesen verletzte, konnten Antifaschist_innen den Täter identifizieren. Nach übereinstimmenden Aussagen haben mehrere Antifaschist_innen unabhängig voneinander den in Kiel lebenden Volker Zierke als Täter benannt. Bereits nach dem Angriff wurde eine detaillierte Täterbeschreibung veröffentlicht, welche Zierke als möglichen Täter nahelegte. Durch unveröffentlichtes Bildmaterial konnte Zierke im weiteren Verlauf der Recherchen zweifelsfrei als Täter identifiziert werden.

Zur Person Volker Zierke

Der im Jahr 1992 geborene Volker Zierke wuchs in Pleß in einer Gemeinde im bayerischen Landkreis Unterallgäu bei Memmingen auf. Nach seinem Abitur am Marianum Buxheim Gymnasium, wo Zierke zum Schülersprecher gewählt wurde, begann er ein Studium in Augsburg im Bereich Literaturwissenschaften.
Nach seinem Umzug nach Kiel geriet Zierke in den Fokus antifaschistischer Recherchen. Neben der bereits 2013 gegründeten „Identitas Nord“, welche später zur „Identitas Gemeinschaft“ umbenannt wurde, scheint sich eine weitere Struktur der „Identitären Bewegung“ im Raum Schleswig- Holstein etabliert zu haben. Volker Zierke ist nicht eng an die Ostholsteiner Gruppe angebunden. Am 20. Januar 2017 reiste er unter anderem mit Gerhild und Irmhild Sawallisch zum „Identitären Gemeinschaftswochenende“ nach Thüringen.
In seiner Freizeit beschäftigt sich Zierke mit „Überlebenstraining“, Waffen, Panzern, Geschichte der Waffen-SS und anderen militärischen Themata was unter anderem mehrere hundert von ihm mit „gefällt mir“ markierte Bilder in sozialen Netzwerken belegen. Vermutlich aufgrund seiner Waffenaffinität schreibt Zierke als Experte für Schusswaffen bei der extrem rechten „Lesen und Schenken Verlagsgesellschaft“, welche von Martensrade im Kreis Plön bei Kiel aus agiert. Über den Verlag von Dietmar Munier werden verschiedene bekannte neonazistische, NS-relativierende Schriften herausgegeben, dazu gehört etwa „Zuerst!“, „Deutsche Militärzeitschrift“ (DMZ) und „Der Schlesier“. Volker Zierke schrieb unter anderem die Artikel: „Im scharfen Schuß – Test des legendären Dragunow-Scharfschützengewehrs“, sowie „Kampf gegen das Verbrechen – Die Scharfschützen der deutschen Polizei“. Beide Artikel erschienen im Januar 2016 in einer Sonderausgabe der DMZ. Bei der Neonazi-Zeitung „Zuerst!“ schrieb Zierke einen rassistischen Hetz-Artikel, der ein Endzeitszenario heraufbeschwört, ausgelöst durch Menschen, die über das Mittelmeer flüchten.

Die Lüge der Gewaltfreiheit

Dass die „Identitäre Bewegung“ kein Sammelbecken unschuldiger Kinder ist, zeigt nicht zuletzt diverses Bild- und Videomaterial, welches die Gruppierung gekonnt in Szene setzt. Bereits in den ersten Monaten nach Gründung stellte die Ostholsteiner Gruppierung der „Identitas Gemeinschaft“ Material online, welches Mitglieder der „Identitären Bewegung“ bei selbstorganisierten Kampfsportübungen und Boxveranstaltungen zeigt. Es liegt auf der Hand, dass solche Veranstaltungen nicht nur der Freizeitbeschäftigung dienen. Antifaschistische Recherchen ergaben, dass sich die „Identitäre Bewegung“ intensiv mit dem Kampf auf der Straße nach dem Vorbild von „Wehrsportgruppen“ auseinandersetzt. Zudem ist ein Großteil der im Norden lebenden IBler bewaffnet und geht nicht ohne (Stich)-Waffe aus dem Haus.
Es ist also kein Zufall, dass Volker Zierke in der Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner ein Messer zu Hand hat, dieses gekonnt einsetzen kann und die Bereitschaft hat zuzustechen. Als Waffennarr und Publizist über Schusswaffen muss ihm bewusst sein, dass beim Gebrauch von Stichwaffen der Tod seines Gegners billigend in Kauf genommen wird. Volker Zierke hat folglich in Tötungsabsicht gehandelt. Die oftmals publizierte Phrase einer gewaltfreien Bewegung kann hier entschieden widerlegt werden. Uns muss bewusst werden, dass es sich bei der „Identitären Bewegung“ um eine gewaltbereite, extrem rechte Gruppierung handelt, die schon seit Jahren den Kampf auf der Straße trainiert und die auch in der Lage ist, dies umzusetzen.

Antifaschistische Koordination Lübeck

################################

HH: Keine Kooperation mit Polizei und Justiz! Für Selbstorganisation und Rebellion!

Nachdem am 26.001. ein weiterer Zeug_innenaufruf der Bullen im Karo-Viertel aufgetaucht ist und dort in Hausfluren und Briefkästen verteilt wurde, hier ein Flyer der im Viertel verteilt wird:

Keine Kooperation mit Polizei und Justiz! Für Selbstorganisation und Rebellion!

Die letzten Monate hat die Polizei im Karo-Viertel mit Zeug_innen-Aufrufen sowie Türgesprächen versucht gegen Selbstorganisation und Widerstand im Zusammenhang mit den Gipfeltreffen der Regierenden vorzugehen. Es wurden zum Teil ganze Straßenzüge an der Haustür befragt. Menschen, die im Libertären Zentrum aktiv sind, wurden außerdem auf ihren Arbeitsstellen aufgesucht. Die Polizei bezieht in ihre Ermittlungen wegen des Angriffs auf die Messehallen Ende letzten Jahres auch die Nachbar_innen-Treffen im Libertären Zentrum ein und versucht die, die sich dort organisiert haben, einzuschüchtern. Sie greift damit die dort entstehende Selbstorganisation und Solidarität an. Denn sie wollen für ihren Gipfel einen reibungslosen Ablauf, in dem alle die Militarisierung und Kontrolle, den Ausnahmezustand ihrer Leben(sräume) einfach hinnehmen.

Verweigern wir ihre Schnüffelei und Einschüchterungen.

KEIN WORT MIT DENEN, DIE UNS ODER ANDERE KONTROLLIEREN, ÜBERWACHEN, EINSCHÜCHTERN...UNTERDRÜCKEN!

Egal ob an der Tür oder auf der Straße. Niemand ist gezwungen irgendwelche Fragen zu beantworten. Bis auf die Personalienfeststellung (die eigentlich auch nicht wahllos stattfinden darf), können alle Fragen ohne Konsequenzen verweigert werden. Selbst wenn ihr nichts zu sagen habt, ist es gut die Antwort zu verweigern um den Kreis potenzieller Verdächtiger nicht zu verkleinern und natürlich um ihnen zu zeigen, dass sie ihre Arbeit schon selbst machen müssen, da wir sie ablehnen.

Die Polizei ist nicht zu unserem Schutz auf der Straße, genau wie die Gipfel nicht stattfinden, um unsere Interessen umzusetzen! Organisieren wir uns gegen die, die uns regieren und beherrschen wollen!
Solidarisch und selbstorganisert statt kontrolliert und fremdbestimmt!

Schreibt uns über eure Zeit mit dem koZe

Heyho an alle, die sich irgendwann und irgendwie mal mit dem koZe vertüdelt gefühlt haben, eine Gruppe von Menschen aus dem koZe Plenum möchte die gemachten Erfahrungen und das aufgebaute Wissen des koZe sammeln, archivieren, nutzbar aufarbeiten und dabei möglichst Erfolge, Fehler und Probleme analysieren und aktuellen wie zukünftigen Projekten zur Verfügung stellen. Unser Anliegen ist möglichst viele Texte, Comics, schriftliche Interviews, Bilder, Anekdoten, Gedichte oder was euch noch einfällt zu sammeln und zu bündeln. Ziel des Ganzen ist eine Broschüre, die noch dieses Jahr erscheinen soll. Und dafür brauchen wir euch, denn das koZe war in seiner Nutzer_innenstruktur und den Perspektiven immer sehr heterogen.



Es gibt viele Anleitungen darüber, wie Häuser besetzt werden können, aber wie es dann weiter geht, welche Schwierigkeiten, interne und externe Konflikte auf uns zukommen, wenn die Bullen auch am 2. Tag noch nicht geräumt haben - darüber gibt es wenig. Lasst uns, das koZe, einen Teil dazu beitragen, um noch viele weitere coole Projekte zu ermöglichen, zu erhalten oder nicht bei 0 anfangen zu lassen.
Mitte Januar gab es bereits ein Treffen mit dem der Startschuss für das Projekt gegeben wurde. Rund 25 Menschen aus einem breiten Spektrum sowie aus den unterschiedlichen Phasen des koZes kamen. Zusammen schafften wir es, an einem Zeitstrahl zu ergänzen, was in den letzten Jahren rund ums koZe so passiert ist. In einer stillen Diskussion kamen bereits erste spannende Ergebnisse für die Broschüre zusammen.. Außerdem wurden eine Liste von Fragen entwickelt, die die ehemaligen Nutzer*innen der koZe interessieren.
Erste Texte sind bereits bei indymedia erschienen, wir hoffen auf noch ganz, ganz viel mehr – von denen, die immer da waren und von denen, die nur mal vorbei geschaut haben ebenso. Die gesammelten Fragen (s.u.) könnt ihr als eine Art Leitfaden verstehen, den ihr befolgen könnt aber natürlich nicht müsst! Wenn das Loslegen schwer ist und ihr einen Anlass braucht, kommt zu einer unserer Schreibwerkstätten. Malt, schreibt, führt Interviews über das, was euch wichtig ist.
Redaktionsschluss ist am 30.4.2017.

Schickt uns die Beiträge an: koze-nachlass-verwaltung@riseup.net oder bringt sie uns digital und anonym in unseren Briefkasten im Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, S Sternschanze / U Schlump.
Gerne sollen die Texte kontrovers sein oder sich auf bereits erschienene Texte beziehen. So unterschiedlich wie die Nutzer*innen soll auch die Broschüre werden. Wir freuen uns drauf.

Eure koZe-Nachlassverwaltung

koze-nachlassverwaltung@riseup.net
Postadresse für Beiträge und (Geld-)Spenden: Infoladen Schwarzmarkt
Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg
c/o kollektives Zentrum.

Fragen für eine koZe-Reflektion als Leitfaden

Beschreibe das koZe aus deiner Perspektive!
Was für eine Bedeutung hatte es? Was hast du darin gesucht und gefunden? Was war dein Anspruch an das Haus? Wofür brauchen wir soziale Zentren? Politische Einordnung Was können Orte wie das koZe für eine politische Funktion / Bedeutung haben? Wie müssen soziale Zentren gestaltet sein, um dies zu erfüllen?

Das koZe in der Szene:
Wie ist die koZe in anderen polit. Zusammenhängen aufgetreten? Wie wurde sie gesehen? Wann änderte sich was? warum? Was war gut? Was ist schief gegangen? Was war der größte Knackpunkt?
Wie war das Verhältnis von Hausplenum, selbstbestimmter Politik durch Refugees & WG? Welche Probleme gab es bei der hausinternen Kommunikation? Wie (erfolgreich) wurde an ihnen gearbeitet?

Repräsentation der Vielheiten & Verschiedenheiten der koZe-Nutzer innen im Plenum & in der Außenwirkung.
Basisdemokratie vs. Macht & Autorität von Gruppen/ Einzelpersonen? Hast du dich im Plenum repräsentiert gefühlt? Waren die Entscheidungsstrukturen transparent und zugänglich? Wie war das Verhältnis zu KuNaGe e.V. (Mieter des Erdgeschoss)?
Was für Hierarchien gab es, wie wurde damit umgegangen?

Strategie, das koZe zu erhalten
Wie konnte das koZe durchgesetzt werden? Was war in deinen Augen entscheidend? Wie fandest du/ihr die Strategie im Umgang mit der Stadt? Wie findest du/ihr sie rückblickend? Wie war der Umgang mit Repression und dem Druck durch die Behörden im Sommer 2015?

Ultra nervig

Ein Plädoyer für linksradikale Politik ohne Fußball-Konflikte

In Hamburg ist die Rivalität der Anhänger*innen verschiedener Vereine des Männerfußball schon „seit jeher" präsent. Es wird sich angestresst, geboxt und mit erstaunlichem Eifer gegenseitig die Sticker von den Ampelpfeilern gekratzt.

In den letzten Monaten ist dieser Fußball-Struggle noch weiter hochgekocht. Das Thema wird immer präsenter, und wir müssen feststellen, dass wir an zahlreichen Stellen damit konfrontiert sind. Es entsteht eine Art Positionierungsdruck, und ständig werden wir in Konflikte und Situationen mit hineingezogen. Das nervt schon im Freund*innenkreis. Untragbar wird es aber in dem Moment, wo es uns in unserer Politik beeinflusst und hindert.

Antifaschistische Blockaden gegen AFD-Veranstaltungen, linksradikale Kundgebungen, Soli-Kneipen, Türschichten, ja selbst das Schanzenfest halten wir für denkbar ungünstige Orte der Austragung dieser Ultrakonflikte. Anhänger (ja, meist männlich) der Ultragruppen verweisen sich gegenseitig der Räume und Veranstaltungen, tun so, als wären sämtliche politische Veranstaltungen in ihrem Herrschaftsbereich. Wir finden das nicht gerechtfertigt.

Das soll natürlich nicht in Frage stellen, dass Leute rausfliegen sollen, wenn sie sich kacke verhalten. Aber bitte nicht per se aufgrund von Vereinszugehörigkeiten. Zu linkem Selbstverständnis sollte gehören, Menschen als Individuen wahrzunehmen und keine Kollektivstrafen zu verhängen. Ein Fußballverein ist auch keine politische Gruppe, bei der man ihre Mitglieder mit den politischen Inhalten des Kollektivs identifizieren kann.

Performance von Männlichkeit

Die Situationen, die wir bisher in diesem Kontext erlebt haben, waren meist geprägt vom unreflektierten Ausleben von Männlichkeit. Es kam zu mackerigem, aufplusterigem Verhalten und Drohgebärden.

Die hier gelebte „Männlichkeit" ist für uns auch dann nicht emanzipatorisch, wenn sie von Menschen kommt, die in Ultragruppen organisiert sind, welche sich selbst als links bezeichnen.

Mehrfach haben wir festgestellt, dass es vor allem männliche Ultras sind, die sich an anderen männlichen Ultras stören. Die weiblichen Ultras der rivalisierenden Gruppen wurden in den selben Situationen nicht angemuckt, nicht der Orte verwiesen. Welche Rolle spielt die Performance von Männlichkeit in der Austragung der Konflikte? Werden weibliche Ultras oder Menschen mit anderen gender Identitäten einfach nicht ernst genommen? Wie lösen diese ihre Probleme?

Linke Räume als Vereinsräume

Häuser wie die Rote Flora wurden erkämpft, um der tristen Gesellschaft einen Gegenalltag entgegenzusetzen, um Raum zu schaffen für emanzipatorische Organisation und Praxis. Diese Räume sind wichtig für Vernetzung, für Diskussion, für Aktion und



auch Spaß und Party, sind wichtiger Anlaufpunkt für emanzipatorische Bewegungen und Menschen. Die Kritik an den bestehenden Verhältnissen ist für uns der gemeinsame Nenner der Nutzer*innen solcher Räume, so unterschiedlich die Analysen dessen und Strategien dagegen auch aussehen mögen.

Menschen, die unsere linksradikale Kritik an Gesellschaft teilen, sollen auch linksradikale Räume mit uns teilen können, Kneipen mit uns besuchen, Schichten mit uns füllen – egal welchem Verein sie durch das ganze Land hinterhergurken.

Es kotzt uns an, dass politische Räume wie die Rote Flora und andere offensichtlich durch ein (ungeschriebenes?) Gesetz markiert und geowned sind, durch bestimmte Fußballgruppen und Zugehörigkeiten.

In aller entnervten Deutlichkeit: Haltet eure Fußballkonflikte raus aus unseren gemeinsamen politischen Räumen und Veranstaltungen.

Kollektive Identitäten

Kollektive Identitäten, in denen die Entscheidungsspielräume und Bedürfnisse von Individuen zugunsten der gemeinsamen Sache und Einheit aufgegeben werden und verschwinden, sind uns meistens eher gruselig. Die (Über)-Identifikation mit einem Fußballverein, das aufopfernde Verhalten für die eigene häufig hierarchisch organisierte Fangruppe, das alles ist uns größtenteils suspekt und wenig nachvollziehbar. Manchmal entstehen gefährliche Dynamiken, wenn Menschen ihre autonomen Handlungsspielräume ausblenden, weil sie im Kollektiv aufgehen. Dies ist ein Plädoyer dafür, das Konzept Einheitsfront zu hinterfragen und individuell zu entscheiden, wie man in jeweiligen Situationen und mit jeweiligen Leuten umgehen will. Im Fußball genau wie in allen anderen Bereichen des Lebens! Wir wünschen uns, dass linksradikale Menschen als Individuen wahrgenommen werden und nicht nur als Teil ihres Fussballvereins. Wir wünschen uns solidarische Bezugnahme und gegenseitigen Respekt.

Mitgehangen, Mitgefangen?!

Schief angeguckt werden, nicht gegrüßt werden, Gegenstand einer Lästerrunde werden, nicht mehr Teil von Treffen und Schichtplänen sein – wie kann es angehen, dass Menschen befürchten, mit solchen und anderen repressiven Ausschlüssen konfrontiert zu sein, weil sie mit den vermeintlich „falschen Leuten" abhängen oder gesichtet werden?

Wir wollen nicht nur hoffen, sondern klarstellen, dass strikte Grenzziehung z.B. nach „rechts" eine Selbstverständlichkeit bleibt, Aburteilungen jenseits von politischen Inhalten aber selbstdarstellerisches Gehabe ist. Wir plädieren für politische Positionierungen und politische Abgrenzungen. Das heißt für uns: Wir schließen keine Leute aus, nur weil sie einen anderen Verein supporten. Und auch: wir distanzieren uns von Leuten, deren politische Positionierung wir für falsch oder gefährlich halten – und das sollte auch innerhalb des eigenen Vereins passieren.

Wichtig sind uns Inhalte und politische Überzeugungen. Für eine transparente Kultur der Kritik und Reflektion!

Tragt die Fußballkonflikte nicht in unserer gemeinsamen Politik aus!

Wir fordern nicht, dass aus Feindschaft Freundschaft wird, wir möchten nur nicht mehr in unserem politischen Handeln von euren Konflikten behindert werden. Wir hoffen, dass die Auseinandersetzungen zwischen den Gruppen nicht (weiterhin) durch teils sehr gefährliche körperliche Übergriffe ausgetragen werden.

Wir würden uns freuen, wenn ihr mit euren Freund*innen und Genoss*innen darüber sprecht und diskutiert.

Kommando „Macker auf den Acker"

Das war der Gipfel

Polizeiapparat erprobt die urbane Aufstandsbekämpfung – trotz Mangels an Gegnern

Spätestens mit dem gelegten Feuer vor den Messehallen ca. eineinhalb Wochen vor dem OSZE-Gipfel Anfang Dezember war die Polizeipräsenz auf den Straßen der umliegenden Viertel merklich erhöht worden. Die Messe selbst wurde jeweils in Sichtweite von Polizeifahrzeugen umringt. Und dennoch machten sich nur wenige Nächte später bereits die nächsten Menschen auf den Weg zur Messe, um diese mit Farbe zu beschmeißen – anscheinend zu schnell oder zu diskret für die anwesende Polizei.
Das „Sicherheitskonzept" für den OSZE-Gipfel selbst wurde von öffentlicher Seite stets mit Worten wie „so viel wie nötig, so wenig wie möglich" a.k.a. „bürgernah" vorgestellt. Man werde die Belastungen für die Anwohner_innen so gering wie möglich halten, aber an erster Stelle stehe selbstverständlich die Sicherheit des Gipfels.
Da nun alle Beteiligten wussten, dass es sich bei dem OSZE-Gipfel einsatztechnisch um einen Probelauf für den G20-Gipfel im Sommer handeln sollte, wurde der „Sicherheitsapparat" schon vor diesem ersten Termin noch ordentlich aufgerüstet. Neue Maschinenpistolen sowie ordentliche Sturmgewehre, Helme, Westen und ein 500.000 € günstiger Panzerwagen mit dem netten Namen „Survivor" wurden in den vergangenen Monaten angeschafft.
Je näher die Gipfeltage nun rückten, desto mehr nahm die Polizeipräsenz zu. „Belagerungszustand" trifft es vermutlich besser, wenn die Bullen einfach 24 Stunden am Tag, an quasi jeder Ecke herumlungern, die Wege vollparken. Um die Langeweile erträglich zu machen und weil Bullen Bullen sind, wird dann natürlich auch immer mal wieder für Recht & Ordnung gesorgt und den ohnehin schon genervten Anwohner_innen auch noch gute Ratschläge u.ä. mit auf den Weg gegeben. Das Kopfschütteln im Viertel nahm also kontinuierlich zu.
Am Donnerstagmorgen war es dann endlich soweit: Die angereisten Außenminister_innen wurden mit Polizeieskorte in Konvois (US-Außenminister John Kerry hatte, wie erwartet, den längsten, MOPO) durch die abgesperrte Stadt gefahren, der Sicherheitsapparat hatte sich aufgestellt.

Bereit standen:
13.200 Polizist_innen
700 Beamte aller deutschen Spezialeinheiten und der GSG9
18 Panzerwagen
22 Wasserwerfer
35 Boote
10 Hubschrauber der Länder-Polizeien und
25 Maschinen der Bundespolizei
(alle Zahlen laut MOPO).

Darüber hinaus stand ein Abfangjäger der Bundeswehr bereit und das Messegelände wurde mit Hamburger Gittern, Betonklötzen, Bauzäunen und Natodraht gesichert. Das alles obwohl durchaus bekannt war, dass es keine größeren Proteste geben würde.
Das eigentliche Highlight für die Verantwortlichen dieses monströsen Einsatzes dürfte jedoch folgendes gewesen sein: die Fäden aller eingesetzten Einheiten laufen in einer neuen Kommandozentrale der Polizei zusammen. Über eine große Videowand und diverse weitere Bildschirme können die Einsatzleiter über die in Hamburg erstmals genutzte Software „Eurocommand" überall live mit dabei sein.
Es können parallel Bilder verschiedenster Einsatzorte wiedergegeben werden. Diese Bilder stammen von Polizeieinheiten vor Ort, von Polizei-Hubschraubern, aber auch aus der Verkehrsüberwachung. Es soll hierdurch möglich sein, die vorhandenen Einheiten LIVE zu koordinieren, da diese mit Ortungstechnik ausgerüstet sind. Somit können sie von der Kommandozentrale aus über die Videowand strategisch und in Echtzeit aufgestellt werden. Ein Traum für jeden Feldmarschall.
Und was ist am Ende passiert? Fast nichts!
Angeblich fanden am Donnerstag fünf Demonstrationen statt, davon kann man mindestens zwei tatsächlich als solche bezeichnen. Die eine wurde letztendlich durch die Polizei beendet, weil die Außenminister zu Abend essen wollten, die andere wurde dermaßen mit Bullen überschüttet, dass die Demonstration selbst von außen schon lange nicht mehr wahrnehmbar war. Eine einzige, riesige, blau blinkende Bullenkaravane, kilometerlange Schlangen geparkter Einsatzfahrzeuge, Wasserwerfer, Pferde und x-tausend behelmte Schläger.
Den meisten Gegner_innen und potentiellen „Störenfrieden" des Gipfeltreffens war von Anfang an klar gewesen was laufen würde. Man hielt es im Allgemeinen wohl nicht für nötig sich vom Staat vorführen UND verprügeln zu lassen und sah sich das ganze Spektakel mehr oder weniger gelassen an. Wohlwissend, dass im Sommer 2017 alles anders kommen werde.



Wofür am Ende der ganze Aufwand?
Der vermeintlich wichtigste Teilnehmer der Konferenz (Kerry) hatte sich noch vor dem Mittagessen wieder verdrückt. Die anderen brachten das Treffen zwar noch hinter sich, zu einer gemeinsamen Abschlussrede/Ergebnis/Whatever kam es jedoch wie zu erwarten nicht. Zack. Hat sich doch gelohnt.
Das Fazit des Polizeisprechers fällt dennoch wie zu erwarten positiv aus: „Der Einsatz ist wirklich wie am Schnürchen gelaufen" sagte Zill. „Wir sind sehr, sehr zufrieden." So ist das vermutlich, wenn man alles an Einsatzkräften- und material herankarrt, was man in die Finger kriegt, um dann am Ende doch allein damit im Sandkasten zu sitzen und mit sich selbst spielen zu müssen.
Da kann man schon mal „sehr sehr" zufrieden sein, wenn knapp 14.000 Bullen nicht über ihre eigenen Füße stolpern.
Wie am Schnürchen wird es jedoch kaum laufen, wenn im Sommer 2017 etwa 100.000 Gipfelgegner_innen die Messehallen und das Rathaus belagern, die halbe Stadt lahmlegen und den „Sicherheitsapparat" auf die Probe stellen.

Wir hatten beschlossen, uns an der jetzigen staatlichen Machtdemonstration nicht zu beteiligen – es war keineswegs das vermeintlich bürgernahe Kommunikationskonzept der Bullen, das den Protest klein gehalten hat.

Und WIR haben uns entschieden im Sommer dafür um so mehr los zulegen. Wir sind viele und wir sind entschlossen, diesen Gipfel zu einem Desaster zu machen.

Lieber heute als morgen desertieren –

raus aus Normierung, Rassismus & Kapitalismus – für ein anderes Leben

Ohne jeden Zweifel sind wir mit der Wahl Trumps abermals auf einer neuen Qualität der Gesellschaft des Spektakels angelangt. Nichts scheint dabei den Siegeszug des Konsums, der Warenförmigkeit und zwischenmenschlichen Tragödie besser zu verdeutlichen, als die Wahl dieses Clowns durch 60 Millionen Menschen. Ein Clown, der als Karikatur seiner Selbst, nichts so sehr zum Ausdruck bringt, als dass hinter den Bildern der Macht, sich nichts verbirgt als eine Wüste - die sie geschaffen haben. Auch wenn bei der gegenwärtigen Misere der Zynismus nahe liegt, wollen wir eine Position der zielgerichteten Destruktion stärken – denn wir haben nur eines im Sinn: Mit möglichst vielen Menschen diese Welt einzureißen!

16 Jahre nach Genua wird das erste Mal wieder ein großer Gipfel in einer westeuropäischen Metropole abgehalten werden – der G20 Gipfel mit all den neuen und alten Clowns, der ritualisierten Linken, den Lobbyist*innen, Expert*innen und dem Sicherheitsapparat. Dieser Text soll ein Aufruf und Diskussions-Grundlage sein, für die Tendenz der größten Ablehnung, für all jene die ihre Gedanken, Kraft und Handeln alltäglich nur einem widmen, der Zerstörung dieser Welt und dem schaffen neuer Welten. Wir wollen mit euch in Kontakt treten und die schon aufgekommene Idee einer militanten Auseinandersetzung verbreitern und zueinander in Bezug setzen. Um schlussendlich mit euch in Hamburg ganz konkret zusammen zu kommen, aber nicht als Endpunkt sondern als eine Etappe auf unserem Weg, den wir bereits begonnen haben.

Gleichzeitig wollen wir mit diesem Text den Spagat wagen – versuchen – auch all jene anzusprechen, die von den Gesellschaften ausgestoßen werden, verdrängt, kontrolliert, normiert und unterdrückt werden, also all die scheinbar Subjektlosen die bei all den Eruptionen zutage treten. Uns ist sehr wohl die Ambivalenz eines solchen Text-Versuchs, eines solchen Aufrufs bewusst. Bei unseren Diskussionen um den Aufruf und dem darlegen einer bestimmten Tendenz, haben wir folgende Punkte herausgestellt:

- Vom Siegeszug einer Ökonomisierung zum Siegeszug eines Sicherheitsparadigma
- Nicht Sharing-Industrie, nicht Facebookfreundschaft
- Kieze, Orte, Widerstand – Gegen einen Endpunkt
- Ritualisierte Linke & Bewegungsmanager*innen versus Leben
- Achse des Pöbels reloaded - ein vorsichtiger Blick über den Tellerrand

Vom Siegeszug einer Ökonomisierung zum Siegesszug eines Sicherheitsparadigma

Niemand, aber auch gar niemand, schaut der Zukunft noch entgegen. Es scheint so, als warten nur noch alle darauf, dass die nächsten Runden Hartz IV, loi travail, pia casa in Europa durchgeboxt werden - wie zuletzt in Frankreich. Warten auf noch mehr Depressionen, noch mehr Wohnungsnot und noch mehr Geflüchtete an den Grenzen. Warten auf noch mehr organisierte Traurigkeit. Die Krise zeigt sich dabei immer unverhohlener, als das was sie ist, systematische Erneuerung des Elends. Nach fast zehn Jahren Krise wird dabei niemand mehr leugnen können, dass die Krise aber letztlich nur eine Regierungstechnik ist, die der Vollendung des Siegeszuges der Ökonomie dient. Von Griechenland bis Portugal, von Argentinien bis Italien, sind all die Programme durchgesetzt worden, die getrost als Angriff auf das letzte bisschen Soziale gelesen werden können.

30 Jahren nach dem Ende des Fordismus, scheint die Ökonomie alternativloser als jemals zuvor, das ausgerufene Ende der Geschichte wird dabei zusehends zum Ende des Politischen in der alten politischen Arena. Aber es zeigt sich nicht nur die Abstinenz des Politischen - in Zeiten von Alternativlosigkeit - sondern auch, wie sehr die souveräne Macht nicht mehr in den Kulissen mit ihren Parlamenten und Palästen zu Hause ist. Von Syriza bis zum letzten Technokraten, eine jede Regierung jedweder Couleur, zeigt lediglich, dass die souveräne Macht längst zwischen Infrastruktur und Biopolitik liegt. Infrastruktur. im Sinne von kleinen Verträgen, die tagtäglich abgeschlossen werden, der Zirkulation von Datenvolumen innerhalb der vernetzten Welt, der Sicherung von Rohstoffen. Biopolitik im Sinne der Vermessung des menschlichen Lebens durch Excel Tabellen und der Normierung des angestrebten Selbstmanagment und der permanenten Optimierung der eigenen Kompetenzen.

Mit dem Siegeszug der Ökonomisierung tritt aber auch vermehrt zu Tage, dass es überall Existenzen gibt, die nicht regiert werden können oder regiert werden wollen. Diese scheinbar Subjekt-losen ausgestoßenen Ränder der westlichen Gesellschaften treten nicht erst seit der Novemberrevolte 2005 in den Banlieus eruptionsartig auf, vielmehr sind sie eben jener Pöbel der schon Ende der 70er in Italien zum bisher schönsten Angriff auf das Bestehende antrat. Konnte der klassische fordistische Arbeits-Kampf noch mit Ökonomisierung und den einhergehenden Veränderungen der Produktionsweisen, Deregulierungen, Zersplitterungen und dem allgemeinen technischen Fortschritt besiegt werden, so wird gegen eben jenen Pöbel das Sicherheitsparadigma und die dazu gehörige, produzierte Angst ins Feld geführt.

Sicherheit ist damit das zweite Paradigma, neben dem Ökonomischen, welches das Feld des Politischen weiter aushölt. Denn nichts soll die Kapitalakkumulation, den Fetisch der Arbeit und den Fortschritt in seinem Lauf hindern, erst recht nicht einige Unregierbare. Wir brauchen uns nichts vor zumachen nicht erst seit dem elften September ist das Sicherheitsparadigma neben dem ökonomischen das Bestimmende. Der Ausnahmezustand ist schon seit jeher Teil der westlichen Demokratie, mehr noch, er ist gerade bezeichnender Teil der Demokratie. Die Negation von Rechten bestimmter Menschen, lassen den Ausnahmezustand zum höchsten Gut des Sicherheitsparadigma werden, in dem mit Hilfe von Architektur, sozialer-Arbeit, Überwachung, New-Government Konzepte mit einer Selbstregierung der Nachbarschaft, bis hin zu all den MAT und BFE Einheiten dieser Welt, alle jene, die nicht am Empire partizipieren, können, wollen oder dürfen – kontrolliert werden!

Nicht Sharing-Industrie, nicht Facebookfreundschaft

Wir haben weder die Antwort auf die gegenwärtige Misere, noch denken wir, dass eine Antwort reicht, noch, dass wir sie jetzt auf diesem Weg schon haben könnten. Doch einiges ist schon jetzt klar, weder „ein weiter so", noch ein Warten auf die Revolution kann es jetzt noch geben. Wir wollen lieber heute als morgen aus dem Elend desertieren, um nicht mehr an dieser perversen Welt teil zunehmen. Einige Attribute haben wir schon heute, die wir mitnehmen können auf dem schmalen Grad zu einem anderen Leben.

Es gehört mit zu den größten Obszönitäten des letzten Jahrzehnts, dass eigentlich emanzipatorische Begriffe, wie Teilen und Freundschaft, heute für seelische Ödniss und Konsum stehen. Denn wenn wir nämlich den Kapitalismus und diese Welt ernsthaft zerstören wollen, müssen wir zum einen das Teilen wieder lernen, von Material, Gütern, Orten, Wissen, Häusern, Gedanken und Liebe - anstatt Home-Office und Sharing-Industrie. Und das wir zum anderen der seelischen Ödniss dieser Welt, die sich tagtäglich bei aber tausenden Depressiven bahn-bricht, die Solidarität als menschliche Beziehung entgegen halten – anstatt Facebook-Freundschaft und Smilies.

Solidarisches Teilen steht dabei der kapitalistischen Logik, der Ökonomie, konträr gegenüber, denn wo Dinge, Wissen und Aufgaben geteilt werden greifen wir auch immer ein Stück die Lohnarbeit und die Warenförmigkeit dieser Welt an und bauen eine Beziehung der gegenseitigen Achtsamkeit auf.

All diese Dinge wollen wir mit euch schon heute leben, an unseren Orten und Kiezen. Unsere Orte und Kieze müssen noch mehr zueinander in Bezug gesetzt werden und ein Austausch von Praktiken, Taktiken, Techniken und Wissen stattfinden um so zu einer Verständigung zukommen.

Aber um diese Welt zu zerstören und ein anderes Leben zu leben braucht es mehr als diese Koordinaten, es braucht nicht zuletzt Kieze, Orte, Widerstand.

Der Moment, in dem wir uns als Kompliz_Innen sehen, das heißt über den Erdball hinweg als Assoziierte verstehen, die in Solidarität mit Anderen handeln ohne sich persönlich zu kennen, ist der Moment, in dem wir die Isoliertheit abstreifen um ums Ganze zu kämpfen. Diese Positionierung hängt davon ab, wo wir selbst unsere Aktionen verordnen und welche Bedeutung wir den Bezügen zu anderen Gruppen, Kampagne und Kampfansage zu sprechen. Das heißt nicht, dass unsere Aktionen darauf ausgerichtet sind, auf Sympathie außerhalb unseres direkten Zusammenhangs zu hoffen, sondern stets auf die antagonistische Spannung und Polarisierung ab zu zielen. Noch dazu ist es uns wichtig, über Themen und Emotionalität zu militantem aber auch autonomen Handeln zu mobilisieren, Interesse daran zu wecken, denn nur das Agieren ohne Herrschaft und gegen diese Form der Gewalt, das Gefühl vermittelt wird, frei zu sein und die Logik des gesellschaftliche Konsens brechen zu können.

Auch wenn die gegenwärtige Situation auf allen Ebenen wahrlich keine rosige ist, so geben uns doch jeden Tag aufs neue tausende von Gesten neue Kraft.

Militante Vorfeldkampagne – gegen einen Endpunkt

Auf eine militante Vorfeldkampagne freuen wir uns jetzt schon, aber eine militante Auseinandersetzung hört nicht in Hamburg auf, sie ist Teil eines permanenten Kampfes. Ob und wie intensiv die Auseinandersetzung auf der Straße während des Gipfels wird, ist für uns nicht das Entscheidende, sondern darum uns wiedermal zu begegnen und auf transnationaler Ebene zusammen zukommen Kontakte zu vertiefen und vielleicht auch einen gemeinsamen Rythmus zu finden, denn genauso wenig wie Ausbeutung, Sexismus oder Rassismus an einer Landesgrenze aufhört, sollte unser Widerstand nicht an eben diesen enden. Aus dem gemeinsam Erlebten, folgern teilweise gemeinsame Ansichten und Ideen, es entstehen Freundschaften und solidarische Beziehungen. Hamburg im Juli wird ein weiteren Moment darstellen diese Beziehungen zu vertiefen und neue zu knüpfen.

Ritualisierte Linke & Bewegungsmanager*innen versus Leben

Aktivismus als Nebenjob sehen wir kritisch, die Politik, die wir fahren ist eine grundsätzliche Einstellung, nicht etwas womit wir unsere Freizeit nach der Uni oder der Arbeit füllen. Die Logik von Gruppen, wie der Interventionistischen Linke (IL), die Masse da „abzuholen" wo sie gerade in ihrem „geordneten" Leben stehen, um diese an einen zivilen Ungehorsam heran führen, kann in ihren Augen nur funktionieren, wenn ein vermeintlicher Aktionskonsens gespannt wird. Dieser Aktionskonsens wird vorher von einer Vorbereitungsgruppe festgelegt und appelliert dann an alle, diesen nicht zu durchbrechen, wenn sie sich an dieser Aktion beteiligen wollen. Wir finden diese Einstellung problematisch. Das Ziel einer Aktion oder Kampagne kann nicht sein, möglichst viele Menschen auf einer symbolischen Plattform zusammen zu bekommen, ein paar Fotos zu schießen und dann wieder nach Hause zu fahren. Das Ziel sollte in unseren Augen sein, die Gesellschaft als Ganzes in Frage zu stellen und die Unterdrückungsmechanismen anzugreifen. Das funktioniert aber nicht, wenn Proteste einfach nur einen weiteren Eintrag im Terminkalender dar stellen. Viel mehr sollten Kampagnen und Aktionen den Raum für möglichst viele Formen des Protestes bieten. Da spielt die Frage nach einem Aktionskonsens keine Rolle mehr, sondern die Solidarität untereinander und miteinander. Das heißt, sich nicht zu distanzieren von Aktionsformen, diese Distanzierungen und damit auch Denunziationen machen uns schwach und angreifbar.

Schon oft wurden hoffnungsvolle Ansätze des Widerstands in der BRD von den Herrschenden durch Bewegungsmanager*innen abgefangen.

Als gutes Beispiel kann der sogenannte „Nacktensamstag" am 7. November 1981 an der Startbahn-West in Frankfurt gesehen werden. Zu jener Zeit bestand eine zuvor und danach kaum dagewesene Nähe zwischen der lokalen Bevölkerung und den militanten Gruppen, zu denen auch die Revolutionären Zellen gehörten. Bei gewaltsamen Demonstrationen am Startbahngelände und bei nächtlichen Anschlägen näherten sich Autonome und Nachbarschaften an. Zu Gesetzesbrüchen bestand bei vielen Leuten mehr als klammheimliche Freude. Die Führung der Bürgerinitiative gegen die Startbahn West war über die Sympathie ihrer Mitglieder und auch der unorganisierten Bürger gegenüber den Chaot*innen und RZ – Anschlägen nicht erfreut, schließlich setzte sie auf eine Konsenslösung mit der hessischen Regierung, die ihnen entsprechenden Einfluss sichern würde. Um auf dem Höhepunkt der Eskalation die Oberhand zu behalten, wird ein dem Spektakel würdiges Schauspiel inszeniert.

Am 7. November 1981 nähert sich eine Demonstration von 40.000 Menschen im Wald der Startbahn Baustelle. Eine Schlacht mit den dort wartenden Bullen erscheint unausweichlich. Doch plötzlich überwinden 50 „Nackte" an der Spitze eines Keils, den die Massen bilden sollten ungehindert auf Teppichen den Natodraht. Hinter ihnen schließen sich sofort die Ketten der Bullen und BI-Ordner. Über einen Bullenlautsprecher erklären sich die „Nackten", bei denen es sich um Kader der Bürgerinitiative handelt, zu Geiseln der Bullen, deren Leben in Gefahr wäre, wenn die Menge unfriedlich werden sollte. Wer trotzdem militant agieren würde, wäre ein Provokateur. Der fassungslosen Demonstration bleibt nichts anderes übrig, als sich aufzulösen. Die demoralisierende Wirkung dieser Inszenierung führte zu einem Abflauen der Massenmobilisierung, auch wenn es noch Jahre lang Krawalle und Anschläge gab. Aber das Ziel hatten die BI-Führer in Zusammenarbeit mit der SPD erreicht, der aufbrechenden Revolte wurde der Schwung genommen.

Im Juni 2007 wurden viele Aktivist*innen überrascht, als ein Sprecher der IL und der ALB vor die Presse trat, um sich von der

Straßenschlacht in Rostock zu distanzieren und auch von dem ganzen Spektrum, das seine Organisation selbst dorthin mit mobilisiert hatte. "Zum Ende ist die Situation in einem Maße eskaliert, wie wir dies nicht wollten und ausdrücklich verurteilen" (Junge Welt, 5.6.) oder auch "Die Randalierer waren nur eine kleine Minderheit, wir wollen keine Gewalt" (Mopo , 4.6.) und "Eine Eskalation wie in Rostock darf es nicht wieder geben" (Vanity Flair, dpa, 6.6.) erklärte Tim Laumeyer, eine Person, der man zumindest vorher das nicht zugetraut hätte. Für diese Szenarien sollten wir uns vorbereiten.

Überall in Europa sehen sich die unversöhnlichen Elemente von Bewegungen mit Bewegungsmanager*innen konfrontiert, die zwar radikales Vokabular einsetzen, deren Handlungen und Analysen aber nur in eine Richtung zeigen Kompromiss und Herrschaftssicherung von links, jüngstes Beispiel, die von vielen hoch gejubelte Syriza Partei in Griechenland.

Die Proteste und Großevents, die aber immer gut vereinbar mit dem restlichen Leben sein sollen, während dessen sich von gewalttätigen Aktionen distanziert wird und die eigentlich möglichst von der großen Masse akzeptiert werden sollen, können dementsprechend gar nicht zum Ziel haben den gesellschaftlichen Diskurs zu durchbrechen.

Darauf wollen und dürfen wir nicht hereinfallen, denn darum geht es uns auch nicht, nicht darum einen möglichst großen Gegengipfel mit NGOs zu simulieren, wir wollen mit euch, den Ausgeschlossenen, Abgehängten, Wütenden, Kämpfenden, Stehlenden, der Achse des Pöbels zusammenkommen – diskutieren & angreifen!

Achse des Pöbels reloaded - ein vorsichtiger Blick über den Tellerrand

Pöbel, Chaot, Migrant, Pack, Trans, Penner, Asylant alles Begriffe für all jene die Tag täglich durch die Normierungen, Rassismen und kapitalistischer Wirtschaftsform weiter an den Rand gedrängt werden, sei es ganz physisch in Form von Verdrängung oder sei es Metaphysisch durch Negierungen. Unser Ziel ist genau all diese einzuladen und uns mit ihnen in Hamburg wieder zutreffen. Wir sind für eine Wiederauflage der Achse des Pöbel, der sich nicht auf ein inszeniertes Spiel in Hamburg einlässt, sondern davor und danach dafür kämpft einen andauernden Kampf zu führen, am Arbeitsplatz, in der Schule, der Uni, in den Familien, auf der Straße und in den eigenen Köpfen.

Lasst uns im Juli und darüber hinaus, die Clowns und das Spektakel angreifen, lasst uns zusammenkommen um ein neues Bild der Gegenwart zu entwerfen.

Wir jedenfalls, werden alles dafür tun...

Autonome Gruppen

Das Ruder rumreißen

Aufruf zu einer militanten Kampagne

#Das Ruder rumreißen, auf dass der Wind sich dreht!

Aufruf zu einer militanten Kampagne gegen Rassismus, Sexismus und den sozialen Angriff im Vorfeld des Bundesparteitags der AfD in Köln und des G20 in Hamburg.
Wir wollen mit unserem Kampagnenvorschlag einen weiteren Aspekt in die Anti-G20-Mobilisierung einbauen: Das weltweite Erstarken von offensiv autoritären, rassistischen und sexistischen Herrschaftsformen. Es liegt nah, dies für ein widerständiges Jahr 2017 offensiv aufzugreifen bzw. anzugreifen!

Das Jahr 2017 verspricht heftig zu werden, es sieht ganz danach aus, als würden sich alle Parteien in den verschiedenen Wahlkämpfen an rassistischer Hetze und Vorschlägen für die Verschärfung der Sicherheitsgesetzgebung überbieten. Die großen Medien begleiten das wohlwollend. Es ist nicht neu, dass die sozialen Verwerfungen, mit denen wir uns rumschlagen müssen, in der Propaganda der Herrschenden und bei der AfD eng mit Rassismus verknüpft werden.

Viele haben in der gegenwärtigen Situation nicht die geringste Hoffnung auf eine Verbesserung ihrer eigenen Lage, was Arbeit, Wohnen und Lebenserhaltungskosten angeht. Da wird häufig die Schlussfolgerung gezogen: „Wenn jetzt Geflüchtete kommen, wird es für mich noch knapper." Natürlich funktioniert dieser Kurzschluss nur, weil rassistische Einstellungen weit verbreitet sind und in den letzten Jahrzehnten durch die Massenmedien forciert wurden. Dies führt dann dazu, dass nicht die eigentlichen Akteur*innen für die sozialen Verschärfungen verantwortlich gemacht werden. Denn es trauen sich sowieso wenige zu, gegen Ämter, Politiker*innen, Immobilienhaie und fiese Arbeitgeber*innen anzustinken. In dieser Situation zeigt sich auch die hässliche Fratze des Patriarchats wieder deutlicher. Die verloren geglaubte soziale Sicherheit (hat es die je gegeben?) soll in der bürgerlichen Kernfamilie wieder gefunden werden. Und Frauen, die am Herd und im Haus arbeiten, machen dem weißen Mann nicht den bezahlten Arbeitsplatz streitig. Gleichzeitig wird Sexismus im Außen angesiedelt und als Argument für Rassismus verwertet.

Der Mutlosigkeit, die wir und sicherlich auch andere immer wieder spüren, wollen wir mit einer militanten Kampagne begegnen. Wir wissen, dass so eine bundesweite Unternehmung keinesfalls lokale, konkrete Alltagskämpfe ersetzt. Mit der Kampagne soll vielmehr eine öffentliche Sichtbarkeit erreicht werden, die den Alltagskämpfen mehr Schwung und Durchschlagskraft verleihen kann.

Denn das Jahr 2017 wird auch ein Jahr der Mobilisierungen, die einen deutlichen autonomen, anarchistischen und militanten Einschlag haben werden. Es geht natürlich um den G20 Anfang Juli in Hamburg und davor um den Bundesparteitag der AfD Ende April in Köln. Wir sind jetzt schon beeindruckt von den vielen Attacken gegen AfD Akteur*innen und der Auftakt zur Anti-G20 Mobilisierung mit seinen vielen offensiven Zeichen gegen die herrschenden Verhältnisse war fulminant.

Wir wollen mit unserem Kampagnenvor-



schlag einen weiteren Aspekt in die Anti-G20-Mobilisierung einbauen: Das weltweite Erstarken von offensiv autoritären, rassistischen und sexistischen Herrschaftsformen. Es liegt nah, dies für ein widerständiges Jahr 2017 offensiv aufzugreifen bzw. anzugreifen!

Trump ist Präsident der USA, Le Pen hat nicht schlechte Chancen, Präsidentin in Frankreich zu werden, die AfD wird höchstwahrscheinlich zweistellig in den deutschen Bundestag einziehen und in vielen anderen Staaten regieren bereits lange die sogenannten Rechtspopulist*innen (mit) oder sind sehr stark, so dass sich diese Liste noch um einiges verlängern ließe. Eine Grundlage ihres Erfolges ist es, Rassismus und Antifeminismus mit Sozialpolitik zu verknüpfen. „Arbeit zuerst für Deutsche" oder wie Höcke von der unternehmerfreundlichen AfD es ausdrückte, die deutsche „Soziale Frage" sei keine mehr von unten und oben, sondern eine von innen und außen.

Es ist aber Blödsinn, den Rechtsruck auf die nationalistischen und faschistischen Kräfte zu reduzieren. Die rassistischen Gesetzesverschärfungen kommen von den Konservativen und der Sozialdemokratie, unterstützt von den Grünen und der Linkspartei. Auch die Angriffe auf Hartz 4 Empfänger*innen gehen auf das Konto der etablierten Politik, ebenso wie die Notstandsmaßnahmen in Frankreich und die immer absurder werdenden Sicherheitsgesetze in Deutschland. Es zeichnen sich Lagerwahlkämpfe zwischen den bürgerlichen Parteien und den rechtspopulistischen Kräften ab. Deren Verhältnis lässt sich beschreiben als ein Wechsel zwischen Kooperation und Konkurrenz. Wir konnten das in den USA gut beobachten oder auch in Österreich. An diesem Kampf zwischen den Eliten werden wir uns nicht beteiligen. Wir werden nicht mit smarten Fußfesselbegeisterten oder Asylpaketverabschiedern zusammen gegen die AfD kämpfen und schon gar nicht umgekehrt. Wir werden uns nicht entscheiden zwischen Neoliberalismus und Protektionismus, zwischen einer bunten oder einer braunen Elite. Dennoch laufen unsere Kämpfe oft Gefahr, genau das zu tun, also eine dieser Seiten der falschen Medaille zu stärken. Kampagnen gegen die AfD laufen Gefahr, den Rassismus und Sozialchauvinismus, den Antifeminismus und das Autoritäre weit rechts zu verorten, außerhalb der etablierten Bürgerlichkeit. Und Kämpfe gegen die herrschenden Akteur*innen sprechen selten von der faschistischen Gefahr, die weit über Europa hinaus lauert.

Deshalb reduzieren wir die Kampagne auch nicht auf die AfD, vielmehr sollten die Angriffsziele von Nazi-Kadern, über die Hetzer*innen der AfD bis zu rassistisch agierenden Politiker*innen von SPD, CDU/CSU Grünen und Linkspartei reichen. Weiter wollen wir neben Institutionen wie Jobcentern, Arbeitsämtern, Abschiebebehörden, Parteibüros und Veranstaltungsräumen auch die Massen- und sogenannten Leitmedien in den Fokus nehmen. Angriffe auf Nazi-Kader wollen wir mit sozialpolitischen Fragen verknüpfen und Angriffe auf Jobcenter mit dem laufenden Rechtsruck in Verbindung bringen. Uns ist bewusst, dass viele Aktionen auf einem „symbolischen" Level verbleiben, uns ist bewusst, wie selten wir tatsächlich eingreifen können in die Räder der Maschine. Aber wir denken, auch der „symbolische" Angriff, ein paar eingeschlagene Fensterscheiben, ein übelriechendes Parteibüro oder Institutionen auf denen steht, was innen läuft, haben einen Wert, der jenseits der nachhaltigen Sabotage liegt: Die Sichtbarkeit des Antagonismus.

Viele dieser Aktionen laufen erfreulicherweise bereits, unser Vorschlag einer gemeinsamen Kampagne zielt vor allen darauf ab, die Kämpfe zu verbinden, einen gemeinsamen Rahmen zu schaffen und die Aktionsdichte noch zu steigern. Dadurch können Aktionen weniger vereinzelt gesehen und marginalisiert werden, sondern als ein gemeinsamer Angriff einer antagonistischen Tendenz in der Gesellschaft wahrgenommen werden.

Wenn es gelänge, neben den vielen notwendigen kleineren Aktionen, noch einige spektakulärere Zeichen zu setzten, wäre das ideal. Wir schlagen vor, wo nötig, zugleich auf eine gut verständliche inhaltliche Vermittlung von Aktionen zu setzen.
Wir wollen die Kampagne vor dem Bundesparteitag der AfD in Köln starten und dann mindestens bis zum G20 in Hamburg fortführen.

Motto Vorschlag: #Das Ruder rumreißen, auf dass der Wind sich dreht!

Anarchistische und libertäre Perspektiven auf Selbstorganisierung in Griechenland

Flucht, Häuserkämpfe, Pogromstimmungen

Besetzte Häuser und gemeinsame Organisierung mit Geflüchteten – „Refugees welcome" auf Griechisch

Im Zuge der Fluchtbewegungen in den vergangenen Jahren zeichnen sich vielerorts in Europa vergleichbare Szenarien ab. Geflüchtete Menschen sehen sich häufig mit katastrophalen Lebensbedingungen konfrontiert. Sie müssen in illegalisierten Camps oder unter menschenunwürdigen Zuständen in staatlichen Aufnahmelagern leben, oft sind sie der (faktischen) Wohnungslosigkeit ausgeliefert. Aufgrund der Privatisierung sozialer Dienstleistungen verdienen dubiose Vermieter*innen bzw. private Träger viel Geld mit der Unterbringung von Menschen, die teilweise eher einer „Lagerung" ähnelt. Gleichzeitig wird gerade in urbanen Zentren die Ware Wohnraum als beliebtes Ziel kapitalistischer Spekulation immer teurer und damit verknappt. Daher verwundert es wenig, dass die Wohnungsfrage auch in antirassistischen Diskursen immer wieder aufgeworfen wird.

In Athen sind die Auswirkungen der beschriebenen Prozesse im Straßenbild allgegenwärtig. Es müssen tausende illegalisierte Menschen, darunter viele Minderjährige, auf den Straßen übernachten. Allerdings gibt es in Griechenland einige lokale Ansätze, die Wohnungsfrage für Geflüchetete ganz praktisch anzugehen. Häuser werden von Geflüchteten und Unterstützer*innen besetzt und die Bewohnenden in lokale politische Kämpfe eingebunden. In der Nähe eines zentralen Platzes im Athener Stadtteil Exarchia, der bis heute Ausgangs- und Austragungsort vieler linkspolitischer Kämpfe ist, treffen wir auf einen Genossen [Name wird auf ausdrücklichen Wunsch nicht genannt]. Er ist seit anderthalb Jahren bei Refugee-Support-Aktionen aktiv und erklärt uns die Hintergünde seines Engagements.

In den vergangenen Jahren hat Griechenland eine zahlenmäßig große Migrationsbewegung erlebt. Das Land war für viele Geflüchtete jedoch weniger Endpunkt als vielmehr „Tor nach Europa". Im Zuge einer immer weiter zunehmenden Militarisierung der EU-Außengrenzen sowie des schmutzigen EU-Türkei-Deals wird die Weiterreise momentan allerdings weitgehend verunmöglicht. „Am Anfang hat ein großer Teil der Bevölkerung die Geflüchteten unterstützt. Dies nahm jedoch rapide ab, als klar wurde, dass sie vorerst hier bleiben müssen", leitet der Genosse ein. Nach der Schließung der sogenannten „Balkanroute" im vergangenen Jahr sind zwischen 50.000 bis 60.000 Menschen noch immer in Griechenland „gefangen". Zunehmende Frontex-Einsätze im Mittelmeer sowie die Schließung der Grenzen zu Mazedonien und Bulgarien für Geflüchtete lassen Perspektiven schwinden. „Sie sind praktisch in der Falle. Sie möchten eigentlich gar nicht hier bleiben, sondern nach Deutschland, Großbritannien oder Schweden", erklärt er die derzeitige Situation.

Gerade im Jahr 2016, als tausende Menschen am Athener Victoria Square „gestrandet" waren und illegalisiert in Zelten schlafen mussten, suchten lokale Genoss*innen Kontakt zu ihnen. „Unsere Idee war dabei nicht nur Wohnraum zu schaffen, sondern aktiv die Selbstorganisierung zu unterstützen. Wir organisierten offene Versammlungen in den Stadtteilen und Hausprojekten, um die Lebensumstände der Geflüchteten zu verstehen und sie politisch einzubinden. [...] Wir wollen kein Hotel sein. Wir möchten politische Ideen entwickeln, die entsprechenden Positionen verstehen und uns selbst organisieren. In den meisten [besetzten] Häusern wird nur gewohnt. Die Squats sind meist Orte für Essen und Unterkunft. Wir wollen jedoch etwas anderes."

Leider ruft eine solche sich entwickelnde politische Bewegung von unten aus politischen Aktivist*innen mit verschiedenen Herkünften oft die staatlichen Repressionsorgane auf den Plan, wie der Genosse mit Verweis auf den 27. Juli 2016 erzählt. An diesem Tag wurden in den Morgenstunden drei kollektiv besetzte und bewohnte Häuser in Thessaloniki [„Orfanotrofeio", „Nikis" und „Hurriya"] von der griechischen Polizei angegriffen und geräumt. Im Anschluss wurden die Gebäude sofort mit Bulldozern eingerissen und dem Erdboden gleichgemacht. Ein solche Polizei-Strategie lässt Parallelen zum Vorgehen türkischer Polizei- und Militärkräfte erkennen. Es ist wohl kaum ein Zufall, dass all dies nur zehn Tage nach der Räumung des Idomeni-Camps an der mazedonischen Grenze geschah. Neben den menschenverachtenenden Zuständen auf diesem Camp mit mind. 15.000 unfreiwilligen Bewohner*innen, war es im Sommer immer wieder Ausgangspunkt massiver Proteste gegen die Grenzschließungen für Gefüchtete.
In Athen hielten sich die außerparlamentarischen und staatlichen Schlägerbanden demgegenüber weitgehend zurück. Allerdings wurde das erste Hausprojekt dieser Art, das „Notara 26", im August des vergangenen Jahres Ziel einer nächtlichen Molotow-Attacke von Faschisten. Von staatlicher Seite gibt es zwar zahlreiche Ermittlungsverfahren und Einschüchterungsversuche. Doch diese können nicht verhindern, dass „alte" und „neue" Bewohner*innen Griechenlands weiterhin gemeinsam und solidarisch für eine Stadt von unten kämpfen.

„Viele Leute haben wir im Frühling in Piräus getroffen [Hafenstadt südwestlich von Athen]. Dort lebten über 7.000 Personen in schlechten Zuständen. Wir sagten ihnen: ‚Kommt mit, wir nehmen uns ein paar Gebäude.' Wir haben sie mitgenommen und in unsere politische Prozesse, Versammlungen eingebunden. [...] Hier sind sie sicherer vor Nazi-Übergriffen und der Polizei. Diese kommen für gewöhnlich nicht in Exarchia rein."

Derzeit sind allein in Athen mehr als 10 Häuser besetzt; einige davon „still". Insgesamt sollen rund 1.500 Personen durch Besetzungen eine würdigere Unterkunft gefunden haben. In diesem Zusammenhang wird auch die unmittelbare Nachbarschaft miteinbezogen und in die Verantwortung genommen. Mit Spendenaufrufen für Dekken, Kleider und Lebensmittel soll sie an die Hausprojekte und ihre Bewohner*innen angebunden werden.

Von den kollektivierten Häusern gehen selbstverständlich politische Kämpfe aus. „Wir haben im letzten Jahr drei Demos in der Region Attika [Metropolregion Athen und darüber hinaus] mit den Betroffenen organisiert. Zudem wird ein Netzwerk aufgebaut mit Leuten in anderen Camps," stellt der Athener Genosse dar. Dennoch



bleibt es schwierig, Leute über Besetzungen und Proteste dauerhaft zu organisieren und an eine praktische Politik zu binden, fügt er hinzu. Denn viele wollen gar nicht in Griechenland bleiben, sondern weiter gen Norden gehen, um für sich eine ökonomische Perspektive finden zu können.
Der Aufbau entsprechender politischer Support-Strukturen ist nicht einfach. Schon allein weil alteingesessene anarchistische Aktivist*innen eben nicht „vom Himmel fallen". Inwieweit Organisierung als vielschichtiger Prozess zu begreifen ist, hat die Bedeutung des Zeitschriftennetzwerkes „APATRIS" verdeutlicht, welches wir im vorangegangen Artikel vorgestellt haben. Leute aus dem Umfeld der Zeitschrift feilen daran, „Refugee Movements" aufzubauen. Die Kollektivierung und Instandbesetzung von Häusern gehört in dabei zu den Pionierprojekten.

Im Zusammenhang mit Aufbau solidairscher Strukturen kam das verlassene Hotel „City Plaza" in der Innenstadt Athens, welches im April 2016 gemeinsam besetzt und betreut wurde, zu einer besonderen Auferksamkeit. Dabei stellt die entsprechende Soli-Gruppe, die Bedeutung von zentralem und kollektiven Wohnen für die Entstehung einer neueren sozialen Bewegung heraus. Die sozialen Bewegungen müssen die Bedürfnisse aller unterdrückten Klassen mitdenken und sich den verschärfend ausgetragenen sozialen Widersprüchen sowie der Klassenpropaganda von oben durch Solidarität und Praxis entgegenstellen.
Die Erklärungen des Genossen ergänzen die Ausführungen: „Wir haben schätzungsweise 60.000 Geflüchtete im Land. 10.000 befinden sich auf den griechischen Inseln, 20.000 in der Region Attika, 20.000 in Thessaloniki sowie 10.000 in Thrakien an den Grenzen zur Türkei und Bulgarien. [...] Wir wollen den Gedanken der Selbstverwaltung weitertragen und nicht hier in Athen stehenbleiben."

Auch wenn in Städten mit starken anarchistischen und libertären Gruppen eine neue politische Dynamik entstanden ist, sind die Verhältnisse in vielen anderen Regionen des Landes prekär. Im vergangenen Sommer, so erklärt er uns, haben Aktivist*innen die Isolationszäune der staatlichen Aufnahmelager auf einigen der Ägäischen Inseln überwunden und Kontakt mit dort festgehaltenen Geflüchteten geknüpft. Er nennt das Moria-Camp auf der Insel Lesbos, welches seiner Meinung nach zu den schlimmsten des Landes gehört. Nach der Verteilung der Zeitschrift „APATRIS" sollen sich Insassen aus Eritrea dort zu einem Hungerstreik ermutigt gefühlt haben. Im Sommer brannte ein Großteil der dort festsitzenden 4.000 Leute das Lager als Protest gegen die unhaltbaren hygienischen und Versorgungszustände ab. Statt sich auf den Staat zu verlassen, wird die Selbstorganisierung als Gegengewicht zur staatlichen Gewalt und rassistischen Ausgrenzung propagiert und so zur Praxis ermutigt. Diese Strategie soll mit der kommenden erweiterten zweiten Ausgabe in vier Sprachen (englisch, französisch, arabisch und farsi) weiterverfolgt werden.
Während der Genosse von der Unterstützung kämpfender Geflüchteter durch anarchistische Genoss*innen berichtet, fällt ein Name stets in einem besonders negativen Kontext: Chios.

Auf der Insel in der nördlichen Ägäis, vor der Küste der Türkei gelegen, gibt es zwei Camps, die weder fließend Wasser noch Strom haben. Doch im Gegensatz zu anderen größeren Ägäischen Inseln existiert keine anarchistische Struktur vor Ort.
Allerdings gibt es auf dieser von etwas mehr als 50.000 Menschen bewohnten Insel eine Art griechisches Äquivalent zu den lange Zeit in der BRD virulenten „Nein-zum-Heim"-Protesten. Obwohl die faschistische „Chrysi Avgi"-Partei [„Goldene Morgenröte"] keine große personelle Basis vor Ort hat, ist ihre rassistische Agenda längst akzeptiert. Ganz nach dem Motto: „Ich bin ja kein Chrysi-Avgi-Anhänger, aber.."

Im Zuge der Demonstrationen, an denen bis zu 2.000 Personen teilnahmen, gab es nicht nur verbale Brandstiftungen. Vor den Camps patroullieren faschistische Milizen, um die Bewohnenden einzuschüchtern. Viele trauen sich inzwischen kaum aus ihren Unterkünften, da es immer wieder zu rassistischen Attacken kommt. Erst am 17. November 2016 griffen Faschisten eines der Lager mit Molotow-Cocktails an. Als klassische Schlägertruppe für die privilegierten Klassen [Chios gehört zu den wohlhabendsten Regionen des Landes], terrorisieren die Faschisten die wenigen lokalen Aktivist*innen sowie die Lager-Bewohner*innen. Ihre Hetze erfährt dabei eine deutliche rhetorische Rückendeckung von oben. „Entweder die Lager verschwinden von Chios, oder ...", drohte bereits der Bürgermeister und ließ mögliche Folgen bewusst offen. Die sich entwickelnde Pogromstimmung wird somit ganz offiziell unterfüttert.

Während in Athen, Thessaloniki und anderen Städten Raum und Zeit für Selbstorganisierungsansätze geschaffen wird, müssen die Genoss*innen auf Chios mit bitteren Abwehrkämpfen vorerst das Schlimmste abwenden. Auf die Frage nach praktischen Unterstützungsmöglichkeiten antwortet der Genosse: „Wir brauchen Unterstützung aus Athen. Die meisten Leute wissen nichtmal, was auf dieser Insel passiert. Wir stellen derzeit rechtliche Unterstützung zur Verfügung. Wir müssen nun aber auch Leute dorthin mobilisieren. Wir brauchen eine Kampagne gegen diese Insel: die Zustände klar machen und Druck ausüben."

#Von Felix Protestcu
LowerClassMagazin

Vom Tatort Kurdistan zum positiven Bezugspunkt Demokratischer Konföderalismus

Aktuelle Ansatzpunkte Kurdistan-solidarischer Politik. Ein Beitrag der Kampagne TATORT Kurdistan

Noch vor zwei Jahren, im Frühjahr 2015, haben wir als Kampagne darüber diskutiert, ob wir nicht unseren Namen und unser Selbstverständnis ändern sollten. „TATORT Kurdistan" sei doch nicht mehr zeitgemäß. Die ursprüngliche inhaltliche Konzentration auf die Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland und der deutschen Wirtschaft an den Verbrechen in Kurdistan wäre einem positiven Bezug unsererseits auf die Ideen des Demokratischen Konföderalismus und das Projekt der Demokratischen Autonomie gewichen. Heute, anderthalb Jahre später, zeigt sich, dass die Gründe, die uns 2010 dazu bewegt hatten, die Kampagne TATORT Kurdistan ins Leben zu rufen, aktueller nicht sein könnten, der Name nicht treffender.
Mit dem folgenden Beitrag wollen wir einige Aspekte unserer Arbeit darstellen und Handlungsmöglichkeiten linker Politik aufzeigen, die wir wichtig finden. Über Rükkmeldungen freuen wir uns immer und laden alle solidarischen Interessierten zur Mit- und Zusammenarbeit ein.

Bei den ersten Parlamentswahlen im Juni 2015 hatte die HDP (Demokratische Partei der Völker) die 10%-Wahlhürde deutlich geknackt und war als erste multiethnische und -religiöse, linke Partei ins Parlament der Türkei eingezogen. Sie hatte im Zuge des Dialogs zwischen der Regierung und der PKK (Arbeiterpartei Kurdistan) ab Ende 2012 immer mehr Zustimmung in der Gesellschaft der Türkei und der internationalen Öffentlichkeit für ihr politisches Projekt erhalten: ein autonomes Kurdistan als Teil u.a. einer radikal demokratischen, pluralistischen Türkei. Währenddessen hatte sich die AKP (Partei für Entwicklung und Gerechtigkeit) mit ihrem rückwärtsgewandten und einförmigen (monistischem) Denken in eine politische Sackgasse manövriert. In dieser Situation hatte die AKP nicht länger Interesse an einer politischen Lösung des Konflikts, brach den Dialog (bereits im April 2015) ab und eskalierte dann im Juli den Krieg in Kurdistan erneut. Seitdem verfolgt sie ihr Ziel, ein Präsidialregime einzurichten, noch viel aggressiver.
Diese Zäsur führt deutlich vor Augen, dass das Demokratiedefizit der Türkei und die mit ihm verbundene Gewalt als Mittel, gesellschaftliche Fragen zu lösen, Ursachen der kurdischen Frage und des Konflikts sind und nicht deren Resultate.

Die Regierung Erdoğan hätte es in der Hand gehabt, eine tiefgreifende Demokratisierung der Türkei zuzulassen, was die Freiheitsbewegung Kurdistans – allen voran der PKK-Vorsitzende Abdullah Öcalan – seit Jahren fordert. Im Zuge dessen wäre eine dauerhafte politische Lösung des Konflikts möglich gewesen.
Stattdessen wurden ein Dutzend kurdische Städte (teilweise) im Wortsinn dem Erdboden gleich gemacht. Über 300 Zivilist*innen wurden dabei unter Missachtung jeglicher Menschlichkeit getötet. 500.000 Menschen haben ihre Bleibe verloren und befinden sich auf der Flucht oder in improvisierten Camps außerhalb der Städte. Diese offenkundige Strategie der Vernichtung des türkischen Staats rechtfertigen keine Selbstmordanschläge wie die der TAK (Freiheitfalken Kurdistans), stellen aber unbestreitbar Motive dar. Die Spirale der Gewalt dreht sich immer schneller.

Gerade diejenigen, die sich für Frieden und den Prozess einer politischen Lösung einsetzen, sind von der Zerschlagung der Zivilgesellschaft am stärksten betroffen. Die basisdemokratischen Strukturen der Selbstverwaltung in den kurdischen Städten wurden als Erstes im August 2015 angegriffen. Mittlerweile sind nahezu alle zivilgesellschaftlichen Organisationen und kritischen Medien in Nordkurdistan verboten. Akademiker*innen, die zum Frieden aufgerufen haben, werden immer noch verfolgt, entlassen oder suspendiert. Etwa 75 gewählte Kobürgermeister*innen wurden mittlerweile abgesetzt und ihre Kommunen unter Zwangsverwaltung gestellt. Damit ist ungefähr die Hälfte der Kommunen, die von der DBP (Partei der Demokratischen Regionen) verwaltet werden, von den kolonialistischen Zwangsmaßnahmen betroffen.
Kommunale Infrastruktur und Hilfsorganisationen wie der Rojava-Hilfsverein oder der Verein zur Armutsbekämpfung Sarmaşik in Amed/Diyarbakir können die notwendigen Arbeiten nicht weiter fortsetzen. Ihre bisherige Leistung, der staatlich bewusst geförderten Armut eine selbstorganisierte, ideelle und materielle Unterstützung entgegenzusetzen, kann nur unzureichend aufgefangen werden. Auf mehreren Ebenen wird dadurch die seit Jahrzehnten angestrebte und teilweise schon umgesetzte Politik der kapitalistischen Urbarmachung, ideologischen Assimilierung und der Entvölkerung von Kurd*innen ein weiteres Mal intensiviert. Darum wurden Projekte wie das der „Familienpatenschaften" für die vom Krieg in Nordkurdistan betroffenen Menschen entwickelt. Der Kontakt zu Familien, die ihr Zuhause durch die Angriffe des Militärs verloren haben, wird direkt hergestellt. Das Geld (mindestens 150,00 Euro im Monat) wird unmittelbar z.B. aus Deutschland per Geld-Transfer an die betroffene Familie geschickt, ohne eine Bank oder Organisation zwischenzuschalten, die das Geld (teilweise) abgreifen könnten. Auf diese Weise läuft die Armut, die das AKP-Regime als Waffe gegen die Gesellschaft einsetzt, zumindest temporär und lückenhaft ins Leere. Zudem besteht die Möglichkeit eines direkten Austausches mit den Menschen in Nordkurdistan, die mit der entgegengebrachten Solidarität eine konkrete Person in Verbindung bringen können und sich nicht ganz verlassen fühlen müssen.

Den Parlamentarier*innen der HDP, die im Dialogprozess eine Vermittler*innenrolle innehatten und immer wieder Sprachrohr für die prokurdische Friedensbewegung waren, wurde die Immunität aberkannt. Seitdem wurden bereits 12 Parlamentarier*innen inhaftiert, teilweise wieder entlassen und wieder festgenommen. Zur Zeit sind 11 Abgeordnete in Haft. Mit ihrer Situation sowie der der festgenommenen Kobürgermeister*innen, Anwält*innen, Aktivist*innen, Journalist*innen, Akademiker*innen uvm. – kurz, den politischen Gefangenen – beschäftigt sich insbesondere die Kampagne „Demokratie hinter Gittern".

Wie im Wahlkampf 2015 haben auch in den letzten Wochen faschistische Mobs u.a. weitere HDP-Büros angegriffen und verwüstet. Diejenigen, von denen die Hetze und gewaltsamen Angriffe ausgehen, verstecken sich dabei nicht einmal, sondern schüren die Pogrom-Stimmung offen in den „sozialen" Netzwerken, über staatliche Medien und auf den Straßen. Der Schulterschluss zwischen AKP und MHP (Partei der Nationalistischen Bewegung) vollzieht sich nicht nur im Parlament, wo sie für den Krieg, das Präsidialsystem und die Islamisierung der Gesellschaft eintreten, sondern findet seinen Ausdruck auch im aufgeheizten Mob

auf der Straße oder in den polizeilichen wie militärischen Einsatzkräften, die in Rhetorik und Taten regelmäßig nationalistisch und offen faschistisch auftreten. Öffentlichkeitswirksame Aufrufe gegen das Feiern von Weihnachten oder Silvester, ihre Deklarierung als „untürkische" Feste, sind dabei noch die harmloseren Aktionen. AKP und MHP schüren bewusst öffentlich die nationalistische und rassistische Stimmung in der Bevölkerung, um ihre Politik durchzusetzen und den anhaltenden Krieg zu legitimieren. Der sich im Umbau befindende Staatsapparat steht mit einem Bein in einer faschistischen Türkei neuester Ausprägung.
Auch in der BRD und Europa haben der türkische Staat und ihm nahestehende Gruppen diesen Weg eingeschlagen. Nach dem Mord an den drei kurdischen Aktivistinnen Sakine Cansız, Fidan Doğan und Leyla Şaylemez am 09.01.2013 in Paris hat der türkische Geheimdienst MİT seine Arbeit in Europa und der BRD weiter intensiviert, hiesige Behörden haben dagegen nichts unternommen. Neuere Berichte von Mordkommandos des MİT, die vom Staat auf kurdische Politiker*innen und Aktivist*innen angesetzt werden, sind nur die Spitze des Eisbergs. 6.000 Informant*innen des MİT sollen allein in der BRD aktiv sein. Dabei handelt es sich nicht nur um Schläferzellen ausgebildeter Auftragsmörder, wie zuletzt in Bremen und Hamburg aufgedeckt wurde.

Die AKP-nahen Lobbyorganisationen haben sich in den letzten Jahren neu aufgestellt. Die DİTİB (Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion) untersteht als Dachverband der „türkischen" Moscheen in der BRD direkt dem Religionsministerium in Ankara (Diyanet). Seit dem Flügelkampf im Lager des politischen Islams zwischen der AKP und der Gülen-Gemeinde ab 2012 wurde die DİTİB, wie auch andere staatliche Strukturen, immer mehr auf Linie gebracht. Der Verband der Studierenden aus Kurdistan (YXK) und die Studierenden Frauen aus Kurdistan (JXK) haben im Herbst eine Öffentlichkeitskampagne gestartet, um über die DİTİB aufzuklären. Sie können für Informationen und Veranstaltungen zum Thema angefragt werden (info@yxkonline.de). Doch gerade aufgrund dieser Kampagne schlägt der YXK/JXK ein immer rauerer Wind an den Unis und Hochschulen entgegen. „Türkische Kommiliton*innen fühlten sich provoziert" oder „die Uni stelle Terror-Unterstützer*innen ihre Räumlichkeiten zur Verfügung", heißt es häufig in konzertierten Protestschreiben an die akademischen Einrichtungen. Diese knicken dann oft ein, anstatt sich mit dem Thema auseinanderzusetzen und sich kritisch und selbstbewusst zu positionieren. Neben der DİTİB ist die UETD (Union of European Turkish Democrats) eine klassische Lobbyorganisation der AKP, die deren Propaganda in die europäische Öffentlichkeit trägt.

Auch alte Faschisten wie die Grauen Wölfe (Bozkurtlar) der MHP und Kemalisten wie die TGB (Türkiye Gençlik Birliği/Türkischer Jugendbund) kommen seit Beginn des nationalistischen Taumels in der Türkei im Sommer 2015 wieder aus ihren Löchern gekrochen. Sie tragen ihre menschenverachtende Ideologie immer offener auf die Straße, werden dabei von den türkischen Konsulaten unterstützt und schmieden an ihrer nationalistischen Allianz bis weit in das nationalistische Lager der vermeintlich sozialdemokratischen CHP (kemalistische Republikanische Volkspartei). Sie sind teilweise gut verankert in den Kommunalparlamenten und „Integrations-" oder „Ausländer*innenbeiräten", sind Partei- und Gewerkschaftsmitglieder. Wichtig finden wir, nicht in ein allgemeines Erdoğan-, Türk*innen- oder Muslim*innen-Bashing einzustimmen, sondern uns selbst mit (nicht nur) rechten Inhalten innerhalb migrantischer Communities auseinanderzusetzen, sie zu verstehen und ihnen Argumente entgegenzusetzen.

Dabei stehen wir nicht allein, denn gegen eben diese nationalistischen Tendenzen entwickelt sich in den türkeistämmigen, alevitischen und kurdischen Communities in Europa Widerstand. Sie orientieren sich einerseits an den Erfolgen der HDP und organisieren sich andererseits gegen den aufkommenden Nationalismus in der türkischen Gesellschaft. Mit dem HDK-A (Kongress der Demokratischen Völker – Europa) haben sie sich Ende 2016 eine Dachstruktur gegeben und bilden nun lokale HDK-A Plattformen, um die Zusammenarbeit der Gruppen und Gemeinschaften zu stärken und gemeinsame Perspektiven zu entwickeln. Diese Strukturen sind für Linke in der BRD prinzipiell strategische Partner*innen und sollten bewusster unterstützt werden, um sie sichtbarer in lokale Organisierungsprozesse und antifaschistische oder antikapitalistische Bündnisse – z.B. die anstehenden G20-Proteste – einzubeziehen und die Spaltung innerhalb linker Strukturen und der ihr angehörigen Gesellschaft zu überwinden.
Die Chancen, die für eine Linke in Europa darin liegen, sieht der deutsche Staat natürlich als Gefahr für sich an. Im Verfassungsschutzbericht 2015 wird die Kurdistan-Solidarität in bürokratischem Staatsschutzsprech als „klassisches Agitationsfeld deutscher Linksextremisten" bezeichnet. Vermeintliche PKKler*innen werden entgegen jeglicher politischen und gesellschaftlichen Entwicklung der letzten Jahre auch in der BRD verfolgt, seit 2010 sogar als „Terrorist*innen". Das Feindstrafrecht der „Terrorismus"-Gesetze (§§ 129 ff. StGB) wird nunmehr sogar auf die bisher in der BRD legal arbeitende TKP/ML (Kommunistische Partei der Türkei/Marxistisch-Leninistisch) ausgeweitet; in München werden gleich zehn Aktivist*innen der ATIK (Konföderation der Arbeiter*innen aus der Türkei in Europa) angeklagt. Über die laufenden § 129b-Verfahren gegen Kurd*innen u.a. in Hamburg, Stuttgart, Berlin berichtet der Blog https://freiheit.blackblogs.org/

Auch Organisationen, die Betroffene und bereits Verurteilte ideell und materiell unterstützen, sind von der Repression nicht ausgenommen. Der Rechtshilfefonds Azadî e.V. wird im Verfassungsschutzbericht 2015 unter dem Abschnitt zur PKK als „wichtiges Beobachtungsobjekt" aufgeführt. Im Unabhängigen Jugendzentrum Kornstraße in Hannover fand am 11.02.2016 eine Razzia wegen angeblicher PKK-Unterstützung statt. Jugendliche sind z.B. im Rahmen von Protesten, Veranstaltungen, aber auch zu Hause vermehrt der Repression ausgesetzt. Das PKK-Verbot trifft auf diese Weise unmittelbar auch viele andere Gruppen und Menschen, die sich dessen erst mal nicht bewusst sind. Es ist nach wie vor die größte Hürde, die eine Teilhabe kurdischer (Selbst-) Organisationen an der Zivilgesellschaft verhindert und ist damit Ausdruck eines Demokratiedefizits der BRD. Eine kritische, gesellschaftliche Auseinandersetzung mit der PKK wird immer noch verunmöglicht, politische Kanäle für eine Lösung des Kurdistan-Konflikts bleiben verschlossen. Mit diesem Tabu bricht die Kampagne „PKK? Na klar!". Sie dokumentiert das Verwenden der inkriminierten Symbole der PKK und will so Räume eröffnen, die auch für eine kritische Auseinandersetzung mit der PKK genutzt werden können.

Für die BRD ist der Kurdistan-Konflikt aber nicht nur ein innenpolitisches Thema. Als imperialistische Kraft entwickelt sie eine immer eigenständigere politische und militärische Linie im Nahen und Mittleren Osten (NMO). Die Bundeswehr steht mit Patriot-Raketen an der türkisch-syrischen Grenze, bewaffnet und trainiert Peşmerga-Kämpfer der undemokratischen und konservativen PDK (Demokratische Partei Kurdistan) in Südkurdistan, liefert Daten

von Tornado- und AWACS-Aufklärungsflugzeugen über Syrien an NATO-Verbündete und verkauft (nicht nur) über die Türkei und Saudi Arabien diverse Waffen in die Region. Gegen die Waffenexporte aus der BRD unterstützt die Kampagne TATORT Kurdistan als Mitglied die „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!".
Der EU-Türkei-Deal im Jahr 2015 zur Abwehr von flüchtenden Menschen wurde maßgeblich von der Bundesregierung gestaltet. Während die türkische Zivilgesellschaft zerschlagen und nordkurdische Städte zerstört wurden, legte die Bundesregierung weitere Grundsteine ihrer NMO-Strategie. Die Milliarden an Euros, die dafür gezahlt werden, sind eine Schwachstelle dieser Politik und kein Geheimnis, auch wenn die Bundesregierung versucht sie wegzuschweigen. Die Breite der Gesellschaft in der BRD lehnt die Zahlungen an das kriegsführende AKP-Regime und den EU-Türkei-Deal ab. Als TATORT Kurdistan wollen wir die diesbezüglich bestehenden Widersprüche aufzeigen und vertiefen, um den Druck auf die BRD zu erhöhen, den Deal und die weitere Unterstützung des AKP-Regimes einzustellen. Darin sehen wir nicht nur einseitige Kurdistan-Solidarität, sondern einen Beitrag für eine gesellschaftliche Veränderungen in der BRD.
Die Ideen des Demokratischen Konföderalismus und das Projekt der Demokratischen Autonomie stellen dabei wichtige Bezugspunkte für unser politisches Handeln dar, auch bei der Entwicklung von Perspektiven für linke Bewegungen bzw. gesellschaftliche Strukturen in Europa. Dabei lernen wir immer wieder viel von unseren Freund*innen – v.a. über uns selbst. Darum freuen wir uns auch schon besonders auf die 3. Konferenz des Network for an Alternative Quest, die vom 14. bis 16. April 2017 in Hamburg stattfinden wird. Sie wird eine gute Gelegenheit bieten, mit Genoss*innen aus der ganzen Welt über Alternativen zur herrschenden kapitalistischen Moderne zu diskutieren und den gemeinsamen Austausch zu vertiefen. Informationen zur Konferenz folgen bald auf http://networkaq.net/
Wer die kurdische Bewegung und die Genese der kurdischen Frage in den letzten Jahrzehnten verstehen will, kommt an den Schriften des PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan nicht mehr vorbei. Seine Ideen sind es, die auf der Konferenz in Hamburg diskutiert und aktuell in Rojava in die Praxis umgesetzt werden. Für Millionen von Menschen und Aktivist*innen sind diese Inspiration und real erfahrbar. Darum ist es auch uns wichtig, Öcalan und seine Situation in der Isolationshaft auf der Insel İmralı in Erinnerung zu rufen. Er ist derjenige, der die Theorie und Praxis der Bewegung maßgeblich gestaltet und darum Teil der Lösung des Kurdistan-Konflikts sein wird. Die Kampagne für seine Freilassung steht nach wie vor auf der Tagesordnung und wird ein Schritt Richtung Frieden und Demokratie in der gesamten Region sein.

Anfang Februar wird ein Protestmarsch zum Europaparlament nach Strasbourg stattfinden, um auf die Situation Öcalans und seine Wichtigkeit für einen Lösungs-Prozess aufmerksam zu machen. An dem Marsch, zu dem der KCDK-E (Kongress der Demokratischen Gesellschaft Kurdistans in Europa) aufruft, beteiligen sich auch viele solidarische Internationalist*innen. Er endet mit einer Großkundgebung am 11. Februar 2017. Interessierte sollten sich direkt an die Veranstalter*innen wenden: langermarsch@riseup.net

Der sogenannte dritte Weg, den die kurdische Bewegung in Rojava eingeschlagen hat, jenseits von Nationalstaat, Patriarchat und Krieg, ist bereits heute ein Hoffnungsträger für uns. Die Ausrufung der Demokratischen Föderation Nordsyrien, von der die drei Kantone Efrîn, Kobanê und Cizîr nur ein Teil sind, zeigt, dass das Projekt der Demokratischen Autonomie Inspiration für die gesamte Region des Mittleren Ostens sein kann. Also eine Alternative zur kapitalistischen und neoliberalen Agenda der dortigen Regime, Nationalstaaten und der NATO. Die SDF (Syrian Democratic Forces) können die Demokratische Föderation Nordsyrien nicht nur gegen den Einmarsch der Türkei und denIslamischen Staat verteidigen, sondern erhalten immer mehr Unterstützung bei der Bekämpfung des IS, gerade auch durch arabische Milizen, kleine internationalistische Bataillonen, lokale Sympathisant*innen. Dass die SDF militärisch auf die Unterstützung der USA und ihrer internationalen Koalition angewiesen sind, ist eine bedauerliche Realität, der wir uns als Linke stellen müssen. Es ist nicht zuletzt Ausdruck der Schwäche der internationalen Linken, dass wir unseren Genoss*innen nicht die Unterstützung zukommen lassen können, die sie brauchen. Darum erkennen wir die Realität dieser Kräfteverhältnisse an, nicht um sie zu akzeptieren, sondern um sie zu ändern.
Aus der ganzen Welt tragen heute Genoss*innen dazu bei, dass sich in Nordsyrien das Projekt der Demokratischen Autonomie behaupten kann. Auch aus der BRD haben viele Menschen als Internationalist*innen Teil an diesem revolutionären Aufbruch. Kevin Jochim (Dilsoz Bahar), Ivana Hoffmann (Avaşîn Tekoşîn Güneş), Günter Hellstern (Rüstem Cûdî) und zuletzt, am 24.11.2016, Anton Leschek (Zana Ciwan) haben ihr Leben bei der Verteidigung der Demokratischen Autonomie verloren. Was bedeutet das für uns als Linke in Europa? Welchen Bezug haben wir zum Projekt Rojava, zu bewaffneter Selbstverteidigung, zu Krieg, zu Gesellschaft, zu Internationalismus? Diese Fragen stellen sich uns, nicht zuletzt durch den Tod dieser Genoss*innen. Um sich den Antworten auf diese Fragen zu nähern und allen internationalistischen Gefallenen, nicht nur den in Kurdistan Gestorbenen, zu gedenken, wird am 6. Mai 2017 ein Gedenkfestival in Celle stattfinden.
Dem Strudel des Krieges gegenüber fühlen wir uns klein und ohnmächtig. Verfolgen den Kampf um Kobanê oder den Run auf Al-Bab, Mosul und Raqqa via Internet. Wenn wir aber etwas von Rojava lernen können, dann, dass wir nicht machtlos sind, wenn wir uns organisieren und bewegen. Die Demokratische Autonomie in Nordsyrien lebt heute nicht nur aufgrund der Interessenkonflikte der diversen politischen Machthaber*innen im NMO oder der unterstützenden US-Bombardements. Letztere haben nur stattgefunden, weil sich eine internationale Solidaritätsbewegung gebildet hatte und den Aufbau einer neuen Gesellschaft dort legitimiert. Rojava lebt aber eben auch von praktischer Solidarität. Diese Solidarität nimmt in vielen kleinen Projekten Gestalt an, genau wie das Konzept der Demokratischen Autonomie. Eine Ansprechpartnerin für diese praktische Zusammenarbeit (und ideellen Austausch) ist die Stiftung der Freien Frauen in Rojava (WJAR), bald zu erreichen unter http://wjar.org

Wir hoffen mit diesem Artikel einige Anregungen für die Zusammenarbeit mit uns und der Freiheitsbewegung Kurdistans beigetragen zu haben. Zuletzt möchten wir auf das Demokratische Gesellschaftszentrum der Kurd*innen in Deutschland d, as Kurdische Frauenbüro für Frieden sowie die YXK/JXK als Teile der Jugendbewegung Kurdistans in Europa hinweisen, die gute Ansprechpartner*innen sind und sowohl über lokale Kontakte als auch überregionale Vernetzung verfügen.

Für weitere Informationen und Nachrichten aus Kurdistan empfehlen wir:
http://civaka-azad.org/
https://isku.blackblogs.org/
http://www.kurdistan-report.de/
http://www.kurdishquestion.com/
https://anfenglish.com/

Die Zensur in der BRD ab 1977

Oder die Notwendigkeit von linker Gegenöffentlichkeit damals wie heute

„Die knallen uns ab, sobald sie sicher sind, dass die öffentliche Meinung dermaßen gegen uns manipuliert ist, dass sie keine Reaktionen befürchten müssen und wenn die Isolation so total sein wird, dass niemand mehr kontrollieren kann, was hier drinnen passiert". Andreas Baader 1972

Schon in den Jahren von 1974 bis 1976 hatten 4 Gefangene wie Holger Meins, Katharina Hammerschmidt, Siegfried Hausner und Ulrike Meinhof den Knast nicht überlebt. Deshalb versuchte die RAF 1977 durch zahlreiche Aktionen das Leben der restlichen gefangenen GenossInnen zu thematisieren:
- die Erschießung vom Generalbundesanwalt Siegfried Buback;
- die misslungene Entführung des Bankiers Jürgen Punto;
- der Angriff auf das Gebäude der Bundesanwaltschaft;
- die Entführung des Kapitalistenfunktionärs und Ex-Nazis Hanns-Martin Schleyer.

Zahlreiche Festnahmen von Gegenöffentlichkeit

1977 gab es in der BRD zahlreiche Verhaftungen von GenossInnen, die gegen diese drakonischen Haftbedingungen kämpften. Unter den Festgenommenen waren auch die 3 Anwälte Armin Newerla, Arndt Müller und Klaus Croissant, aus Stuttgart.

Schon im Vorfeld gab es eine Hetzkampagne gegen die AnwältInnen sowie gegen das „Internationale Komitee zur Verteidigung politischer Gefangener in Westeuropa" (IVK) und so wurden systematisch diese Verhaftungen vorbereitet: ."Das Stuttgarter Büro sei die Informationszentrale der RAF und Klaus Croissant der 'Kopf der Terroristenszene".

Diese Verteidiger agierten mit juristischen und politischen Mitteln auf nationaler und internationaler Ebene gegen die Isolations- und Vernichtungshaft.

Folgen der Kontaktsperre

Nach der Entführung Schleyers am 5. 9. 77 wurde eine totale Nachrichtensperre verhängt. Gleichzeitig wurde die Totalisolation, die Kontaktsperre, gegen zirka 100 politische Gefangene angewendet:

Jeglicher Kontakt, auch zu den AnwältInnen wurde untersagt, Radio und Zeitungen wurden entzogen. Ein Gesetz, das die Geiselnahme von politischen Gefangenen als Rache und Strafaktion des Staates legalisierte. Das Gesetz wurde übrigens innerhalb von 3 Tagen durch das Parlament durchgepeitscht.

Die Totalisolierten waren damit gänzlich dem Staat ausgeliefert, der sogar in Erwägung zog, Gefangene zu erschießen: jeweils einen für jeden Toten, den es draußen gab. Diese Maßnahme wurde u. a. von Franz Josef Strauss, den damaligen bayerischen Ministerpräsident oder von Kurt Rebmann, den Nachfolger von Buback, gefordert. Auch der damalige Kanzler Helmut Schmidt forderte indirekte solche Maßnahmen: „ Der Staat muss daraufhin mit aller Härte antworten" und „Ich bitte sie, meine Herren, doch jetzt auch einmal exotische Gedanken auszusprechen, was wir machen sollen."

Mittels dieser Stimmungsmache gegen alle, die für die Aufrechterhaltung der Menschenrechte und für den Schutz der politischen Gefangenen kämpften, setzten BKA und Bundesanwaltschaft ihre Menschenjagd fort:

Zur gleichen und nachfolgenden Zeit wurden 4 MitarbeiterInnen des IVK verhaftet. Während also die bürgerlichen Medien sich der Nachrichtensperre, der Staatszensur unterwarfen , wurde also gezielt gegen linke Öffentlichkeit vorgegangen.

Am 17.10. wurden 3 Genossen der AGIT-Druckerei (in der der INFO-BUG wöchentlich gedruckt wurde) verhaftet. Gleichzeitig wurden in West-Berlin die linken Buchhandlungen sowie die Privatwohnungen der Leute, die in diesen Einrichtungen arbeiten, überfallen und durchsucht.

Mit der Zerschlagung von Gegeninformationen und all diesen Verhaftungen in der BRD war der Schutz der revolutionären Inhaftierten nicht mehr ausreichend gewährleistet und so starben 1977 in den Knästen 4 Gefangene der „Roten Armee Fraktion" (RAF):

am 18. 10. Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan-Carl - Raspe in Stuttgart-Stammheim und Irmgard Möller überlebte schwerverletzt.

Am 12. 11. starb auch noch die Gefangene aus der RAF, Ingrid Schubert in München-Stadelheim.

Die offizielle Version der Klassenjustiz lautete „Selbstmord", wer das in der BRD in Frage stellte, wurde und wird kriminalisiert: Ein Treffen ein paar Tage später nach dem 18.10. in Berlin, um mit vielen Leuten ein neue Ausgabe des INFO-BUG zu layouten, wurde von der Polizei total zerschlagen, 40 Leute festgenommen und erkennungsdienstlich behandelt.

Todesschüsse durch Polizeibeamte in der BRD

„Insgesamt sind zwischen 1971 und 1978 über 146 Tote durch polizeiliche Todesschüsse dokumentiert:
16 im Zusammenhang von sogenannter Terroristenjagd;
52 in Verfolgung – meist einfachen – Kriminellen;
13 in Verfolgung von Verkehrssündern;
die übrigen im Zuge allgemeiner Hysterie.„

Aus „BRD versus RAF", GNN -Verlag 1987
Die Verfahren gegen die Beamten werden alle wegen „ Notwehr" eingestellt.

Der Terror geht auch nach dem 18.10.77 weiter. Nach den Aktionen der RAF 1977 wurden im Rahmen der staatlichen Fahndung kaum noch Gefangene gemacht. Bis Juni 1979 wurden im Laufe der Jagd 3 Gesuchte erschossen:
- am 6.9.78 Willy Peter Stoll;
- am 25.9.78 Michael Knoll;
- und am 4.5.79 Elisabeth van Dyck.

Rolf Heissler überlebte im Juni 79 schwerverletzt.

Zensurmaßnahmen

Zusätzlich sollte die Auseinandersetzung mit mit der RAF, also mit ihrer Politik verhindert. unterbunden und kriminalisiert werden.

Der schwedische Verlag „Bokförlag Bo Cavefors" hatte im Dezember 1977 das Buch „texte der RAF" in deutscher Sprache verlegt, nachdem hiesige Verlage es abgelehnt hatten, das Buch auf Grund von Repression herauszugeben und zu vertreiben. Deshalb erfolgte auch der Vertrieb in die BRD über Frankreich und Dänemark, teilweise aber auch direkt über Schweden.

Die Zeit von Dezember 77 bis Februar 78 hat offenbar der Staatsschutz dazu genutzt, um den Personenkreis der LeserInnen und VerteilerInnen im BKA- Computer zu erfassen und damit den weiteren Bezug und die Verbreitung der Bücher möglichst zerschlagen zu können.

Seit März 78 sind die meisten Sendungen aus Schweden u. a. wegen §129a beschlagnahmt worden.

Selbst in der Uni-Bibliothek Bremen wurden 2 Exemplare vom Staatsschutz eingesackt.

Im Mai 78 wurde ein Mitglied des Drukkkollektivs der Fantasia- Druckerei aus Stuttgart und ein ehemaliges Mitglied des IVK (sie wurde 16 Monate inhaftiert) unter dem Vorwurf Unterstützung einer „terroristischen Vereinigung" verhaftet. Das ist die Reaktion der BAW auf die fortgesetzte po-

litische Arbeit der Fantasia- Druckerei., die neben Stadtteilzeitungen und Plakaten auch Texte und Erklärungen der politischen Gefangenen, trotz eines laufenden Ermittlungsverfahrens wegen § 129, seit Mitte 77 gedruckt haben.
Im August wurde die Verfolgung weiter verschärft, indem die beschlagnahmten Drukmaschinen durch die Polizei abtransportiert wurden.

Dazu gab diese Druckerei eine Erklärung ab:
„Wir von Fantasia begreifen uns als Teil der linken und antifaschistischen Bewegung in der BRD, und in diesem Zusammenhang sehen wie auch die Druckerei. Es ist für jede und jeden, der hier Widerstand leisten will oder sich auch nur kritisch mit diesem Staat auseinandersetzt, wichtig eigene Möglichkeiten zu haben, die Massenmedien sind in der Hand derjenigen, die die politische und ökonomische macht haben, und die Unterdrücken und Verfälschen alle Inhalte, die den Staat kritisieren oder gar in Frage stellen."
Im September gab es einen weiteren Schlag gegen unzensierte linke Öffentlichkeit: es wurden 22 Menschen beim Layouten des „BUG-Info" in Berlin vorübergehend festgenommen zu einem Zeitpunkt, wo die Redaktion klar Stellung zur gezielten Erschießung von Willy-Peter Stoll genommen hatte.
Die Besetzung eines Büros von DPA in Frankfurt/Main erfolgte im November 78 von zirka 12 GenossInnen aus dem anti-imperialistischen Widerstand, um die Nachrichtensperre zur lebensbedrohlichen Situation von 2 Gefangenen aus der RAF zu durchbrechen, was ihnen dadurch auch gelang. Sie wurden festgenommen und zu 6 Monaten Haft verurteilt.

Verhaftung auch im Ausland auf Betreiben der BAW

1979 wurden zeitweise der belgische Anwalt von Klaus Croissant verhaftet und ebenso 4 Mitarbeiter des belgischen Komitees „zur Verteidigung politischer Gefangener in der BRD".
Ebenso der schwedische Verleger Bo Cavefors, der das Buch „-texte: RAF" verlegte. Er verschwand auf Betreiben der BAW für 10 Tage hinter Gittern.

Fazit damals
Trotz des staatlichen Terrors bildete sich auch hier wieder eine starke autonome und anti-imperialistische Linke. Mit den bewaffneten Gruppen wie die RAF und die RZ waren sie so auch ein wichtiges Bollwerk gegen die sich zur Großmacht formierende BRD bis Ende der achtziger Jahre.



Fazit, Zensur und Perspektive heute
Für alle, die sich nicht kaufen lassen und an dem Ziel nach Befreiung auf kommunistischer Basis festhalten, bleibt authentische Gegenöffentlichkeit relevant.
Damals wie heute ist so was den Herrschenden ein Dorn im Auge.

Ein Beispiel:
Am 29.01.2017 gab es einen TV-Beitrag: „Hat das Ex-RAF-Trio Unterstützer?"
https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/braunschweig_harz_goettingen/Spurensuche-Wer-unterstuetzt-die-RAF-Terroristen,raf284.html
Eine Sendung in der u. a. die Leiter des LKA Niedersachsen Kolmey und des VS in Hamburg Voß sowie Kraushaar zu Worte kommen.
Angegriffen und damit kriminalisiert werden Einige, die sich solidarisch zu Burkhard Garweg, Daniela Klette und Ernst-Volker Staub verhalten haben.
Erwähnt werden Plakate von Autonomen Gruppen und gezeigt wird ein Transparent zu den Dreien aus der Hafenstraße in Hamburg.
Auch die Ehemaligen aus der RAF kriegen wegen ihrer Aussage-Verweigerung ihr Fett ab. In diesem Zusammenhang wird auch die Rote Hilfe und die „junge Welt" angegriffen.
Zurück zu dem Staatsschutzbeitrag des NDR: die Radiosendung „Wie viele sind hinter Gittern" wird ebenso attackiert:
„ ....ein Radiobeitrag, ausgestrahlt beim Internetsender Radio Flora in Hannover. Der bietet in einer Sendung vom 9. September 2016 ein Forum dafür, die Taten der drei Abgetauchten zu glorifizieren. Wörtlich ist davon die Rede, dass Klette, Garweg und Staub sich durch Abtauchen in den Untergrund dem Zugriff der "Menschenjäger" (gemeint ist die Polizei, d. Red.) entzogen hätten und dass sie Geldtransporte und Supermärkte "enteignet" hätten, um so ihr Leben in der Illegalität zu finanzieren.„
Einer der Autoren dieses Machwerks, Stefan Schölermann, ist laut NDR „ ständig in journalistischem Kontakt mit den Sicherheitsbehörden. Er kennt sich aus mit Polizei und Verfassungsschutz, Fragen der Inneren Sicherheit, des Terrorismus ….."
(www.ndr.de/info/wir_ueber_uns/Stefan-Schoelermann,schoelermann105.html)
Auch die Hannoversche Allgemeine Zeitung(HAZ) greift diesen Beitrag am 31.01. und ß1.02. an und teilt mit, das geprüft wird, ob gegen diese Sendung durch die Staatsanwaltschaft Verden ermittelt wird.
(www.radioflora.de/contao/tl_files/Redaktion/Artikel/Presse/HAZ_Artikel%20170131%20und%20170201.JPG)

„Wir verstehen die öffentlichen Angriffe des NDR und der HAZ als Angriffe auf ein unabhängiges, demokratisches Radio. „
Aus einer Stellungnahme der „Redaktion International" bei Radio Flora , die mehrheitlich vom Plenum vom 09.02.2017 mitgetragen wurde.
Dieser besagter Beitrag zu den Dreien wurde auch im „Gefangenen Info" 402 und in der „Zeck" 194 veröffentlicht.

„Du mußt vielleicht mal ticken, das man mit Worten nur was erreichen kann, wenn sie den Begriff der Situation bringen, die , in der jede/r im Imperialismus ist; dass es sinnlos ist, mit Worten agitieren zu wollen, da nur Aufklärung agitiert, Wahrheit- „
Ulrike Meinhof

Redaktion des Gefangenen Infos

Interview mit Ariane, einer Mitarbeiterin von BUG (Berliner Undogmatischer Gruppen) - Info

1. Ariane, von 74 – 77 gab es das Info-BUG. Kannst du was zu der Entstehungsgeschichte sagen?
Was für Gruppen waren beteiligt?
Das Info-BUG erschien in Westberlin von 1974 bis 1977, danach noch einige weitere Ausgaben, die aber nicht mehr öffentlich hergestellt und vertrieben wurden. Das Bug-Info gab es von 1977 bis 1978.
Zur Entstehungsgeschichte des Info-Bugs kann ich nichts sagen, da ich daran nicht beteiligt war. Ich war später sporadisch bei den Herstellungstreffen anwesend, die immer sonntags waren. Ich selbst war erst kontinuierlich beim Bug-Info dabei.

2. Was für Themen wurden behandelt?
Es waren Gruppen, Bürger-Initiativen und auch Einzelpersonen aus dem linken undogmatischen Spektrum Westberlins dabei. Dementsprechend waren auch die unterschiedlichen politischen Inhalte in den Infos zum Tragen gekommen.

3. Vor 40 Jahren gab es noch kein Internet.
a. Wie wurde deshalb so eine Zeitschrift redaktionell und technisch hergestellt?
b. Wie wurde die Verbreitung organisiert in Westberlin und bundesweit?
c. Gab es Differenzen in der Redaktion?
Sonntags wurde die Ausgabe immer hergestellt, von den GenossInnen die dann anwesend waren. Veröffentlicht wurden halt die Sachen, die im Laufe der Woche beim Info eintrudelten oder die die Leute am Sonntag vorbeibrachten. Schreibmaschine, Kleber, Scheren, Stifte und Papier, dies waren unsere wichtigsten Utensilien. Wenn das Exemplar fertig gestellt war, brachte es eine/einer zur Druckerei. War die Zeitschrift gedruckt, wurde es in den Redaktionsräumen zusammengelegt und gefaltet. Anschließend wurde das Info verteilt, z. B. in bestimmten Kneipen und Buchläden. Es wurden auch etliche Ausgaben in die BRD per Post versendet. Eine feste Redaktion gab es nicht. Natürlich waren einige GenossInnen oft da, andere schauten nur ab und zu mal am Sonntag vorbei. Veröffentlicht wurde im Grunde fast alles, was mit unseren Inhalten zu tun und mit unserem Selbstverständnis von linker Politik zu tun hatte. In der Regel wurde wenig zensiert. Es kam schon vor, dass z. B. zu bestimmten Artikeln es keine einheitliche Meinung im offenen Plenum gab.

4. Kannst du was zu der Repression und den Verhaftungen sagen?
Seit 1975 wurden verschiedene Ausgaben aus unterschiedlichen Gründen beschlagnahmt. Im Info wurden natürlich auch Erklärungen von verschiedenen Guerilla-Gruppen veröffentlicht. Die Sympathie für die Stadtguerilla war bei etlichen Info-Machern deutlich zu spüren, insbesondere für die Bewegung 2. Juni, die ja ihren Ursprung in Westberlin hatte. Der Staatsschutz hatte dementsprechend ein Auge auf uns geworfen.
Am 17. Oktober 1977 wurden dann vier AGIT-Drucker in Westberlin wegen „Unterstützung einer terroristischen Vereinigung" verhaftet. Sie wollten so das Info gerade im deutschen Herbst sofort ausschalten. Es sollte nichts mehr Unzensiertes über die Guerilla berichtet werden. Nach der Schleyer-Entführung durch die RAF gab es in der BRD eine Nachrichtensperre. In meinen Augen war der Zeitpunkt im Nachhinein kein Zufall. Am 18.10.77 wurden die GenossInnen aus der Metropolen-Guerilla RAF, Gudrun Ensslin, Andreas Baader und Jan Raspe (Irmgard Möller überlebte schwerverletzt), in Stammheim tot aufgefunden . Wir hätten die staatlich verordnete Selbstmordversion bezüglich Stammheim hinterfragt, dass wir genau deshalb nicht mehr erscheinen sollten.
Am 23.10.77 gab es ein großes Treffen mit ca 200 Leuten. U. a. ging es auf dieser Zusammenkunft um die Solidarität mit den AGIT-Druckern (sie saßen teilweise bis zu 9 Monaten in U-Haft) und wie kann es weiter mit dem Info-BUG gehen. An diesem Tag schlug der Staatsschutz erneut zu. Die Polizei nahm ungefähr 40 Anwesende fest.

5. Kannst du was zum Ende des Projektes sagen?
In den anschließenden Diskussionen gab es unterschiedliche Einschätzungen. Eine Spaltung war die Folge. Auf jeden Fall war es so, dass das Info-BUG in unregelmäßigen Abständen illegal erschienen und vertrieben wurde. Etliche Leute wollten auch weiterhin eine öffentliche Zeitschrift herausbringen, um bestimmte Inhalte zu transportieren. So wurde aus Info-BUG das Bug-Info. Im deutschen Herbst entstand auch die Diskussion um ein neues Zeitungsprojekt, die Tageszeitung (taz). Liberale und „gemäßigte linke" Kreise wollten uns, der radikalen und autonomen Szene, das Wasser entziehen. Die Macher wollten die Sperrspitze sein. Sie wollten mit diesem Counterprogramm der Guerilla den öffentlichen Raum entziehen. Um in Zukunft die Drucker zu schützen, gab es jetzt ein Impressum. An der praktischen Herstellung hatte sich nichts verändert. So nach und nach gab es doch kleine Veränderungen. Mit der Zeit wurden wir wieder mutiger und die Solidarität mit der Guerilla war wieder im Bug-Info ein wichtiges Thema. Außerdem kristallisierte sich im Laufe der Zeit eine kleinere Gruppe von Leuten heraus, die sich für das Info verantwortlich fühlten.

Eine Woche nach der letzten Ausgabe des Bug-Info wurde das RAF-Mitglied Willy Peter Stoll von der Polizei in Düsseldorf am 6. 9. 78 erschossen und das Bug-Info wurde vom Staatsschutz endgültig zerschlagen. In einer groß angelegten Aktion wurden etliche Leute festgenommen, die fast neue fertiggestellte Ausgabe beschlagnahmt, die den Tod von Willy Peter Stoll thematisierte. Später wurde der Versuch unternommen, gegen zwei GenossInnen wegen „Unterstützung einer terroristischen Vereinigung" Anklage vor Gericht zu erheben.



Die „Identitäre Bewegung" in Norddeutschland

Im derzeitigen Deutschland wird die Gefahr mit rechter Gewalt konfrontiert zu werden für viele Menschen immer größer. Klar ist, dass die TäterInnen dabei nicht immer aus organisierten Strukturen der extremen Rechten stammen. Eine diffuse, im öffentlichen Diskurs häufig formulierte und relativierende „Angst vor den Anderen" wird oft als ein Grund dafür genannt, dass vermehrt „besorgte BürgerInnen" Brandsätze in Häusern für Hilfesuchende zünden, Busse blockieren, Menschen bedrohen, beleidigen, erniedrigen. Ihr Motiv dabei ist immer auch ein rassistisches. Der kaum noch schleichenden, gesellschaftlichen Integration rechter Ideologien gilt es sich in den Weg zu stellen, potentielle TäterInnen handlungsunfähig zu machen und Menschen vor rechter Gewalt zu schützen.
Im Folgenden veröffentlichen wir Informationen zu den Strukturen und Akteuren der „Identitären Bewegung" in Norddeutschland. Die Einflussnahme auf öffentliche Diskurse und ihr Beitrag zu einer für viele Menschen immer gefährlicher werdenden Gesellschaft gab dazu Anlass. Ihnen sollen die Räume, die Straßen, die Anonymität als Rückzugsraum genommen werden.

IDENTITÄRE BEWEGUNG DEUTSCHLAND (IBD)

Mit zahlreichen, öffentlichen Aktionen schaffte es die „Identitäre Bewegung Deutschland" (IBD) mehrfach in die Schlagzeilen und mittlerweile sogar auf den Schreibtisch des Verfassungsschutzes. Die Gruppierung ist in Frankreich entstanden und 2012 auch in Österreich etabliert worden. In Norddeutschland tauchte die „Identitäre Bewegung" (IB) öffentlich erstmals 2013 auf. Zur ihrer rassistischen und neofaschistischen Ideologie ist hinlänglich berichtet worden, Zeit sich den Köpfen und der Struktur zu widmen.

Struktur & Organisation

Die Organisationsstruktur der IBD richtete sich im März 2016 neu aus. Dreh- und Angelpunkt der Struktur soll dabei nun Norddeutschland sein. In Rostock wurde hierfür bereits ein Büro in der Graf-Schack-Straße 7 eingerichtet und der Tarnverein „Heimwärts e.V" gegründet. Charakteristisches Merkmal der Struktur ist die Unterteilung in mehrere Hierarchieebenen. Die jeweilige Führungsperson der entsprechenden Region, die sich im Vorfeld meist als intellektuellem Überlegen qualifiziert hat, bildet mit den unterschiedlichen Resorts den Planungsstab der Gruppierungen. Teil dessen sind die Arbeitsgruppen zu PR (Presse und Öffentlichkeitsarbeit), Strategie, Medien, Technik, Aktivismus und Finanzen, die dem Regioleiter, den Regioauftritten, dem Laden (Versand) und der Verwaltung dabei unterstellt sind.
Politischer Aktivismus ist ein wesentlicher Bestandteil der „Identitären Bewegung" und kann in zwei Säulen unterteilt werden. Eine Säule umfasst die Arbeit und Wirkung nach Außen. Organisation und Durchführung von rassistisch motivierten Propagandaaktionen in Form von Verteilen von Stikkern und Flyern, Flash-Mobs veranstalten, Balkons, Tore oder Gehwege symbolisch zu besetzen werden geheim und intensiv geplant. Bei der IBD heißt diese Form der Propaganda „Schockaktionen zur Bewusstmachung der SAB". Mit „SAB" ist die „Selbstabschaffung" gemeint, die in Augen der IBD auf den „Demographiekollaps, die Islamisierung und die Masseneinwanderung" zurückzuführen sei. Sich dabei bewusst harmlos zu präsentieren, dient den gut geschulten Mitgliedern der Presseabteilung im Anschluss die Aktionen medial zu inszenieren und maximal auszuschlachten. Ziel dabei ist immer den gesellschaftlichen Diskurs zu beeinflussen, indem sie auch strategisch mit Medien und Presse zusammenarbeiten oder in den sozialen Netzwerken mit Fake-Profilen hetzen. Auch sind ihre Auftritte darauf angelegt, anschlussfähig und attraktiv für neue Mitglieder zu sein.



Stefan Lüdtke, Marc Zelas, Andreas Kinsing, Martin Baron

Die zweite Säule beinhaltet die Stärkung der Gemeinschaft alter und neu gewonnener Mitglieder und die Ausbildung eines elitären Zirkels. Neben der Durchführung sogenannter Akademien und Kaderschulungen gehören „Wehrsportübungen", Wanderungen und „Volkstanz" zum Pflichtprogramm. Diese Aktionen werden intern „Sympathieaktionen" genannt. Der Begriff weist auf die Doppelfunktion hin, die diese Aktionsform inne hat. Folglich sollen durch die medial präsentierten Gemeinschaftsaktivitäten Sympathien erworben werden und bei der „Schaffung eines identitären Bewusstseins für unsere Tradition" nützen. So fand am 07. Januar 2017 beispielsweise ein „Volkstanz"-Wochenende in der Lüneburger Heide und zwei Wochen später ein „Gemeinschaftswochenende" in Thüringen statt. Beide Veranstaltungen wurden intern überregional beworben und besucht.

IDENTITÄRE BEWEGUNG HAMBURG

Die ersten Versuche der „Identitären Bewegung" sich mittels öffentlicher Aktionen in Hamburg 2013 zu etablieren scheiterten durch antifaschistische Intervention. Dies führte zu einem kompletten Zusammenbruch der bestehenden Hamburger Strukturen. Erst zwei Jahre später begannen neue Akteure sich unter dem Label der „Identitären Bewegung" zu organisieren.
Seit Beginn an war die in Norddeutschland agierende Gruppe überregional aufgestellt. Der ehemalige Aktivist der „Jungen Nationaldemokraten" (JN) Jan Krüger aus Lüneburg galt lange Zeit als federführend für die Bundesländer Hamburg und Niedersachsen. Ende 2015 fand dann auch dort eine personelle Umstrukturierung statt.
Die gemeinsame Facebook-Seite beider Bundesländer hieß zunächst „Identitäre Bewegung Großraum Lüneburg" und wurde Mitte des Jahres 2016 in „Identitäre Bewegung Niedersachsen" (IB NDS) umbenannt. Im Zuge der Reorganisation gab es zunächst Aktionen im Landkreis Harburg (Tostedt, Buchholz in der Nordheide, Winsen). Einige Monate später, im August 2016, wurde die Facebook-Seite der „Identitären Bewegung Hamburg" (IB HH) ins Leben gerufen. Während der Neuaufstellung legte sich der Fokus überwiegend auf interne Vorbereitungen, weniger auf politischen Output. Die neuen Prämissen: verstärkte Sicherheit durch konspiratives Agieren sowohl auf Treffen, bei Neuaufnahmen oder

innerhalb sozialer Netzwerke. Interne Kommunikation sollte zukünftig ausschließlich mittels verschlüsselter Messenger erfolgen. Die IB HH besteht derzeit aus ca. 30 Mitgliedern. Nicht alle beteiligen sich an öffentlichen Aktionen, oft aus Angst vor möglichen persönlichen Konsequenzen. Viele nehmen nur an den Stammtischen teil oder arbeiten im Hintergrund. Der aktionistische Teil der IB HH ist zu klein um wirklich wahrnehmbar handlungsfähig zu sein. Daher besteht eine enge Verknüpfung zu der Ortsgruppe der „Identitären Bewegung Niedersachsen“ (IB NDS) und teils auch auch zu der „Identitären Bewegung Schleswig-Holstein“ (IB S-H).

So bilden etwa ein Dutzend Mitglieder aus Lüneburg und dem Hamburger Umland gemeinsam mit den HamburgerInnen eine Aktionsgruppe. Jede Woche trifft sich die Regionalgruppe in Hamburg in wechselnden Lokalitäten zu einem Stammtisch. Unregelmäßig werden „große Stammtische“ durchgeführt, an denen auch Personen andere Bundesländer teilnehmen können. Jüngst, am 29.01.2017, führten sie eine konspirativ organisierte Veranstaltung mit ca. 40 Personen im Restaurant „La Granja“ durch. Dieses befindet sich im Hamburg-Harburg (Marmstorf) und nicht wie die IB HH auf ihrer Facebook Seite behauptet in Barmbek.

Im Rahmen der Stammtische planen und besprechen sie Aktionen, die sie als „Basisaktivismus“ bezeichnen und häufig direkt im Anschluss durchführen (z.B. massenhaft Flyer und Sticker in einem Stadtteil verteilen). Treffen fanden in der Vergangenheit beispielsweise im Restaurant „Eichenhof“, im „Hofbräuhaus“, auf dem Haus der „Hamburger Burschenschaft Germania“ und in der Kneipe „Dieze-Köpi“ in Hamburg, sowie im Restaurant „Adlerhorst“ in Lüneburg und im „Klimperkasten“ in Stelle statt. Als weiterer Anlaufpunkt diente zudem die „Klimperkiste“ in Hamburg. [...]

Hamburger Burschenschaft Germania-Sicherheit, Training und Hitlergrüße

Seit dem 18.11.2015 existiert eine inoffizielle Kooperation zwischen der „Hamburger Burschenschaft Germania“ (HBG) und der „Identitären Bewegung Hamburg“ (IB HH). Stammtische der IB HH, sowie gemeinsames Kampfsporttraining fanden regelmäßig auf dem Hause der Germanen in der Sierichstraße 23 statt. Andreas Kinsing erläutert dazu:

„Die HBG wurde aber mittlerweile erfolgreich von uns 'unterwandert'-und hat sich dementsprechend politisch gewandelt. [...] Eine direkte oder offizielle Fusion wird von uns aber abgestritten, falls nötig.“[...]

Getrennt marschieren, vereint schlagen – AfD/JA und IB

Der Landesverband der AfD ist seit 2015 teil der Hamburgischen Bürgerschaft. Seitdem versucht sie mit kleinen Anfragen, vorzugsweise zum Thema „Linksextremismus“, ihre politischen Interessen durchzusetzen. Offiziell bekennt man sich in Hamburg wie anderswo nicht zur Zusammenarbeit mit der „Identitären Bewegung“. Dem widersprechen allerdings nachweisliche, persönliche Beziehungen zwischen IB und AfD, vor allem zur Jugendorganisation „Junge Alternative“ (JA). War es beispielsweise Christin Schellhase Ende 2015 noch ein Anliegen Teil der IB zu sein, ist sie nun bei der AfD. Gemeinsam mit der stellvertretenden Vorsitzenden der JA Delphine Thiermann und den Mitgliedern wie Alina Spiegel und Viktor Erdesz nahm sie 2016 an der Weihnachtsfeier der „Jungen Alternativen“ Schleswig-Holstein und Hamburg teil. Schellhase steht weiterhin im regen Austausch mit IB-Mitgliedern und ist zudem häufiger Gast auf dem Haus der Germanen.

Die an der Universität Hamburg Jura studierende Delphine Thiermann steht ebenso im engen Kontakt zu IB-Mitgliedern und strebte im Sommer 2016 eine anonyme Fördermitgliedschaft der IB HH an. Nicht verwunderlich, dass auch strategische Absprachen stattfinden, so versichert Thiermann, dass die JA sich öffentlich nicht negativ zur IB äußern wird:

„also keine Distanzierung von uns (wenn sowas diskutiert wird, halte ich definitiv dagegen) und falls Leute von euch doch mal bei uns vorbei kommen wollen, immer gerne“. [...]

Ein weiteres Beispiel für eine Kooperation ist Jan-Phillip Tadsen, der am 21.11.2015 als Ordner eingesetzt für die AfD eine Demonstration in Schwerin absicherte. Weitere Mitglieder der „Jungen Alternativen“ stehen im engen Kontakt zu Burschenschaftlern und der IB HH. Am 14.12.2016 versuchten Hans Boy Dunker, Moritz Schellenberg und JA Mitglied Alina Spiegel an einer Veranstaltung über die „Identitären Bewegung“ an der Uni teilzunehmen. Spiegel hält sich des Öfteren bei den Germanen auf. Mit ihrem Freund Viktor Erdesz sowie Hans Boy Dunker, Fridruika Görtzen und Claus Döring feierte sie gemeinsam den Wahlsieg von Donald Trump in der Sierichstraße. Schellenberg, Spiegel und Erdesz nahmen am jüngsten Stammtisch der IB HH teil.

FAZIT

Die „Identitäre Bewegung“ in Norddeutschland schafft es verschiedene Flügel der extremen Rechten zu vereinen. Mitglieder völkischer „Sippen“ und früherer HDJ/WJ-Familien wie Sawallisch, Mörig, Drescher, Wittig, Schmutzler und Meyer-Sande sind zentrale AktivistInnen der IB in Norddeutschland. Die Teilnahme von ehemaligen WJ-Kadern an strategischen Treffen, wirft die Frage auf, ob Funktionäre der verbotenen HDJ/WJ gezielt Einfluss auf Entwicklung und Ausrichtung der „Identitären Bewegung“ nehmen. Neben Mitgliedern der HDJ/WJ-Familien bezieht die IB in Norddeutschland einen Großteil ihres politischen Personals aus extrem rechten Burschenschaften. Die IB profitiert auch von der Schwäche der NPD und deren Jugendorganisation JN. So bieten diese keinerlei Anreize mehr für junge Rechte sich einzubringen. Nicht verwunderlich, dass sich viele ehemalige JN Mitglieder aktuell an der „Identitären Bewegung“ orientieren. Mit ihrem elitären Habitus, den gemeinschaftsstärkenden Aktivitäten in Form von Zeltlagern mit „Wehrsport“ Charakter, bietet die IB den ehemaligen HDJ/WJ/JN Mitgliedern eine adäquate Alternative. Diese Bezüge und Doppelmitgliedschaften sind genauso selbstverständlich wie Verbindungen zur AfD und deren Jugendorganisation. Frei nach der Losung „Getrennt marschieren, vereint schlagen“ pflegt man nicht nur enge freundschaftliche Beziehungen, sondern diskutiert Strategie- und Ausrichtungsfragen in beide Richtungen und heißt sich gegenseitig bei Veranstaltungen willkommen. Dies verwundert kaum, profitieren beide doch von den Synergieeffekten. Die „Identitäre Bewegung“ in Norddeutschland verfügt somit über ein funktionierendes Netzwerk aus politischen StrategInnen, sogenannten „intellektuellen Rechten“, aktionistischen bis militanten StraßenkämpferInnen und finanzstarken SympathisantInnen. Mit mehr oder weniger spektakulären Aktionen wie der „Besetzung“ des Brandenburger Tors schafft es eine verhältnismäßig kleine Gruppe, ihren Inhalten über Medien und soziale Netzwerke die gewünschte Aufmerksamkeit zukommen zu lassen. Die Gefahr, die von der „Identitären Bewegung“ ausgeht besteht derzeit eher in ihrem Einfluss auf den gesellschaftlichen Diskurs als in der Formierung einer extrem rechten Massenbewegung. Mögen ihre Aktionen und die übertriebene mediale Aufbereitung ebendieser auch bisweilen befremdlich wirken, sorgen sie doch langfristig für eine Selbstverständlich-Werdung rassistischer, völkischer und sozialchauvinistischer Ansichten in der Gesellschaft.

INFOS UND ANREGUNGEN:

IB-Info@systemausfall.orge

Anmerkung der Red.: W r haben aus P atzman ge den Text sehr kürzen müssen be „ nksun ten“ f ndet hr den Komp eten Text und Infos zu den Personen der IB aus ganz Norddeutsch and)

DIRECT ACTION : : DOKUMENTATION : : SP

17.01. Frankfurt: Feuerangriff auf Security Auto
Wir haben gestern Abend das Auto einer Security Firma angezündet. Die frühe Uhrzeit hindert uns nicht daran die öffentlichen und privaten Schläger und Mörder anzugreifen. Der Staat und Gesellschaft reagieren auf die politischen und sozialen Verwerfungen unserer Zeit mit noch mehr Repression. Diese Demokratie wird sich ihr eigenes Grab schaufeln. Doch wir kämpfen weiter für eine befreite Gesellschaft. Die Vorschläge einer Kampagne begleitend zum G20 finden wir sehr gut. Unsere gestrige Aktion soll einen kleinen Beitrag hierzu leisten. Dies sind kleine Grüße an die Gefangenen weltweit.
Die Liste der inhaftierten Freundinnen und Freunde ist lang, beispielhaft möchten wir an dieser Stelle einige nennen:
Die immer noch in Berlin inhaftierte Thunfisch. Die streikenden Gefangenen in den USA. Lisa und weitere Freunde in Aachen. Nekane in der Schweiz. Die kämpfenden Gefangenen des Hambacher Forst. Auch die vielen türkischen und kurdischen Gefangenen, deren Kampf ausserhalb der deutschen Gefängnisse kaum wahrgenommen wird, sollen sich umarmt fühlen.
All die vielen namentlich Ungenannten
Und all unsere Freundinnen und Freunde auf der Flucht! Lasst euch nicht erwischen.
27.01. Berlin: Software-Hersteller PSI AG mit Hämmern und Farbe angegriffen
Wir haben gestern Nacht den Eingangsbereich des Software-Herstellers PSI AG mit Hämmern und Farbe einem Facelifting unterzogen, in großen Lettern den Schriftzug "BL(A)CKOUT" hinterlassen und gut zwanzig Scheiben eingehauen.

PSI entwickelt Software für Energieversorger, Industrieunternehmen sowie Infrastrukturbetreiber und pflegt ein Firmengeflecht mit namhaften Partnern aus der Rüstungsindustrie wie SAP und ThyssenKrupp, welche wegen ihren Geschäften mit Polizei und Militär schon vermehrt zum Ziel von antimilitaristischen Angriffen wurden. Auf dem jährlich stattfindenden europäischen Polizeikongress beteiligte sich PSI bereits 2009 als Aussteller.

Mit knapp 18 Prozent ist der Energiekonzern RWE einer der bedeutendsten Aktionäre von PSI und gleichzeitig treuer Kunde. RWE ist unter anderem Betreiber der Braunkohlegruben im Hambacher Forst, wo sich seit Jahren Widerstand gegen den Konzern und seine zerstörerischen Machenschaften richtet, und nach wie vor Teile des Geländes besetzt sind.

Mit dieser Tat wollen wir unsere Verbundenheit mit den RebellInnen der ZAD's (Zone À Défendre) und allen anderen die sich gegen die Fremdbestimmung und den Angriff der Technologie auf unser Leben zur Wehr setzen, zum Ausdruck bringen. Wir folgen damit den Aufrufen gegen das Gipfeltreffen der G20, Firmen, Institutionen und Infrastruktur anzugreifen, die zur Perfektionierung der Sicherheitsarchitektur und dem Erhalt der sozialen Ordnung beitragen.

Das Unternehmen PSI ist eine treibende Kraft in der Entwicklung und Forschung der von der Bundesregierung und Lobbyisten angestrebten „Industrie 4.0", welche den vermehrten Einsatz von Robotern in der industriellen Produktion und die Verzahnung der Informations- und Kommunikationstechnik durch smarte und digitale Systeme zum Ziel hat. Es ist eine „Revolution" von oben, von der sich, mit Hilfe künstlicher Intelligenz, dem „Internet der Dinge" und der Digitalisierung und Vernetzung von Maschinen, eine Optimierung und Effizienz in der Produktion erhofft wird, die große Gewinne verspricht.

Der Mensch wird darin immer mehr zum Problem und Faktor der durch seine Bedürfnisse, Fehler und Unvollkommenheit der Profitmaximierung im Wege steht. Deshalb sollen nun zunehmend automatisierte Roboter an seine Stelle treten. Dies wird zur Folge haben das Millionen ArbeiterInnen von den Fabriken ausgespuckt und zu Überflüssigen erklärt werden. Nicht das das Verschwinden der entfremdeten Arbeit am Fließband auch nur eine Träne wert wäre, aber sicher ist, dass diese Entwicklungen vor allem im Interesse des Kapitals sind; in keiner Weise sind sie Wohltaten der Industrie-Bosse um die Menschheit vom Moloch der Fabrik zu befreien. Das Schicksal und Wohlergehen derjenigen, die von der Lohnarbeit abhängig sind, spielt dabei keine Rolle.

Die Robotisierung wird aber nicht an den Fabrikmauern halt machen, sondern sich über alle Bereiche des Lebens ausdehnen. Das „Internet der Dinge" transformiert unser Verhältnis zur Technik und verschafft den Dingen durch die Vernetzung mit Hilfe von Chips, Tags und Sensoren einen neuen Ort in der Welt. Diese Entwicklungen haben an vielen Punkten bereits Einzug in unseren Alltag gefunden und es entsteht eine Abhängigkeit, welche auf eine vollständige Beherrschung der Technologie über unser Leben zu steuert. Smartphones sind schon jetzt für viele Menschen nicht mehr aus ihrem Leben wegzudenken. Ständig vernetzt und der zwanghaften Selbstoptimierung unterworfen um in der digitalen Welt existieren und mit den Maschinen konkurrieren zu können.

Genauso ist auch unsere Umgebung davon betroffen: Unter dem Begriff der Smart Citys werden Entwicklungskonzepte entworfen, die darauf abzielen, Metropolen effizienter und technologisch fortschrittlicher zu machen. Vor allem aber schaffen sie eine Infrastruktur welche mit dem Sammeln von Daten durch Verkehrstelematik, Videosystemen, IP-Kameras, Gesichtserkennung und intelligenten Algorithmen den Orwellschen Überwachungsstaat noch um weiten übertreffen.

All dies wird uns im Namen des Fortschritts als Lösung der globalen Probleme verkauft. Unter dem Deckmantel der Ökologie fühlen sich die Profiteure dieser Entwicklungen auf der richtigen Seite. Schauen wir jedoch genauer hin, können wir sehr leicht erkennen, dass diese Probleme unweigerlich mit dem Kapitalismus und der daraus resultierenden Logik des ständigen Wachstums verknüpft sind. Wer sich dieser Realität verweigert und an der Zerstörung des Planeten und seiner Lebewesen bereichert, macht sich als Feind der Freiheit und des selbstbestimmten Lebens zur Zielscheibe unserer Wut.

Gegen die Herrschaft der Technologie
G20 sabotieren - Kapitalismus angreifen

Autonome Gruppe AG BL(A)CKOUT

28.01. HH: Jung von Matt sieht Sterne...
Um der militanten Militarisierung zum G20 in Hamburg einen Beitrag zu schenken haben wir in der Nacht zum 28. Januar bei Jung von Matt im Karolinenviertel einige Scheiben eingeschlagen.
Jung von Matt ist eine widerliche Werbeagentur deren Zielgruppe die Reichen und Schoenen sind und deren Herangehensweise um Leuten in den Kopf zu scheissen nationalistisch und rassistisch ist. Die Schweine waren verantwortlich fuer die

LITTER DER NACHT : : DOKUMENTATIONEN

//Du bist Deutschland// Kampagne, an die wir uns sicherlch noch alle gut erinnern. Unser Handeln widmen wir nicht nur unserer Wut ueber das bestehende Konstrukt der Herrschaft, sondern auch solidarisch und in Liebe an unsere Gefaehrten im Kampf gegen die Stadt der Reichen.
Auch denken wir an Thunfisch, die noch immer als Geissel im Knast festgehalten wird.
Wir warten auf Euch! Fuer die Anarchie.
G20 angreifen

30.01. HH: - Identitäre Burschis an Uni Hamburg geoutet



Hans Boy Dunker (VWL-Student) und Moritz Schellenberg (Jura-Student) gehören der extrem rechten Hamburger Burschenschaft Germania (Sierichstraße) und der Identitären Bewegung an. Sie wurden in der vergangenen Woche auf dem Campus der Uni Hamburg geoutet.
??.02. HH: Wilhelmsburg, Bramfeld, Bahrenfeld Identitäre besucht
In Wilhelmsburg wurde das Wohnhaus von Martin Baron Vogelhüttendeich 144, 21107 Hamburg besprüht. In Bramfeld wurden am und um das Wohnhaus von Daniel Issel-Domberg Hornungweg 19, 22179 Hamburg Plakate mit seinem Gesicht und seinen Tätigkeiten innerhalb der Identitären Bewegung verklebt. In Bahrenfeld wurden um das Wohnhaus von Maximilian Niznik Tönninger Straße 41, 22607 Hamburg Plakate mit seinem Gesicht und seinen Tätigkeiten innerhalb der Identitären Bewegung verklebt.
★
make racists afraid again

18.02. Bremen: G20: In Hamburg sagt man Tschüss.....in Bremen auch!

Überall – Soldaten sind Mörder
auf der Welt – Uniformen sind Mörder
Deutsche Waffen – Soldaten sind Mörder
Deutsches Geld – Uniformen sind Mörder
Deutsche Technik – Soldaten sind Mörder......

(Tod und Mordschlag)

Mit diesem Lied im Ohr und einer Portion Wut im Bauch schlichen wir uns nachts mit einem Brandsatz unterm Arm durch die Hecken, um zum Beratungsbüro für eine Karriere bei der Bundeswehr zu gelangen. Vor dem Gebäude ist ein Parkplatz. Wir überwanden den Zaun zum Parkplatz, auf dem wir ein Fahrzeug der Bundeswehr vorfanden. Schnell zündeten wir den Brandsatz an und legten ihn unters Auto. Danach schlugen wir pfeifend mit einem Lächeln auf den Lippen den Rückweg ein und verschwanden in die Nacht….
Auch wir stellen uns hinter den Text „Anarchistischen Aufruf gegen das G-20 Treffen in Hamburg" und erweitern die Zielauswahl.
„...Zerstören wollen wir bis zum Juli 2017 (und wenn es auch nur symbolisch sein kann...) die Herrschaft des Patriarchats über die Frauen, die Herrschaft der Staaten über ihre Grenzen und urbanen Zentren, die Herrschaft der Arbeit über unsere Zeit, die Herrschaft des Geldes über unser Sozialverhalten, die Herrschaft der Waren über unser Leben, die Herrschaft der Bullen über die Angst vor Repression in unseren Köpfen"[..]
Aktionsgruppe Bundeswehr-Fahrzeuge interessieren uns brennend
Bremen, 08.02.2017

18.02. Berlin: Feuer der Kriminalpolizei – Gegen Polizeikongress und G20-Gipfel

Am 21./22. Februar findet in Berlin zum 20. Mal der europäische Polizeikongress statt. Zu diesem Anlass treffen sich im Berlin Congress Center (BCC) Kriegstreiber_Innen, Menschenjäger_Innen und Sicherheitsfanatiker_Innen um ihre menschenverachtenden Machenschaften zu propagieren.
Neben dem Bundesinnenminister Thomas de Maizière und dem Verfassungsschutzpräsidenten Hans-Georg Maaßen sind Agenten und Staatsschützer_Innen aller Couleur von Europol, Frontex, BKA, LKAs und vielen weiteren Behörden vertreten. Aber auch Lobbyisten, Unternehmer_Innen und Kriegsprofiteure wie die Rüstungsriesen Heckler & Koch, Taser, Rheinmetall und Entwickler von Überwachungssoftware und Kommunikationstechnik wie SAP, IBM und Vodafone sind mit dabei.
Unter dem Motto -- Europa grenzenlos? Freiheit, Mobilität, Sicherheit -- werden die kommenden Kampflinien an denen sich die Herrschaft in Stellung bringt diskutiert und die dazu passenden Technologien und Waffen ins Feld geführt.
Worte wie Grenzenlos, Freiheit und Mobilität meinen dabei aber vor allem die länderübergreifende Kooperation der europäischen Repressionsorgane, den Austausch von Daten und Wissen und die Militarisierung Europas und seiner Außengrenzen.
Wir finden so ein Treffen eine Frechheit und denken uns: „Diese Schweine, das muss doch nicht sein...nö!"; genauso wenig wie der G20 Gipfel der im Sommer in Hamburg stattfinden soll. Die Verteidiger_Innen des Existierenden und Verantwortlichen für die herrschende Misere haben keine Bühne verdient. Deswegen haben wir uns verschworen gegen das System der Grenzen und Kontrolle, und das Polizeigebäude der Kriminalitätsbekämpfung der Direktion 6 mit zwei Brandsätzen und einem Reifen angegriffen.
★

Für alle die durch Zäune und Mauern von uns getrennt sind.

Für die hunderttausenden Menschen, die an den Außengrenzen Europas ihr Leben riskieren müssen.

Für die beiden gefangenen Anarchist_Innen, die aufgrund einer gemeinsame Operation der spanischen Audiencia Nacional und dem LKA Nordrhein-Westfalen festgenommen wurden und wegen dem Vorwurf 2014 eine Bank ausgeraubt zu haben seit Januar in Aachen vor Gericht stehen.

Für Pola Roupa und Konstantina Athanasopoulou, die kürzlich in Griechenland wegen ihrer Mitgliedschaft in der Gruppe Revolutionärer Kampf festgenommen wurden.

Für Gabriel Pombo da Silva, der Ende Januar ein weiteres Mal von den Wachhun-

DIRECT ACTION : : DOKUMENTATION : : SP

den des spanischen Staates vorübergehend festgenommen und mit dem Konstrukt des „illegalen Waffen- und Munitionshandel und der Gründung einer bewaffneten Gruppe“ konfrontiert wurde.

Für die Revoltierenden in den Pariser Vororten, die seit über einer Woche gegen die rassistischen Polizeiübergriffe auf die Straße gehen.

Feuer und Flamme der Repression - Nieder mit der Festung Europa
Wir sehen uns in Hamburg - Tschüss
Anarchist_Innen

19.02. HH: Buttersäure für die Reederei MACS

"When someone entrusts their goods to us, their cargo becomes our cargo – and their business becomes ours."
Diesen Satz aus der Selbstdarstellung der Reederei Maritime Carrier Shipping GmbH & Co (MACS) auf ihrer Homepage fanden wir einleuchtend. Auch wir sehen die Reederei in der Verantwortung, am Geschäft mit der Atomkraft beteiligt zu sein, und haben in der vergangenen Nacht bei ihrem Firmensitz, Große Elbstraße 138, eine Scheibe eingeschlagen und Buttersäure hineingeschüttet. Wir sehen diese Aktionen als einen Beitrag zu den Streckenaktionstagen gegen Atomtransporte am 18. und 19. Februar 2017 und zur Mobilisierung gegen den Gipfel der G20 in Hamburg. Es ist ein Kommentar zur "Afrikainitiative" der laufenden G20 Treffen.

Die Reederei MACS verschifft den aus Uranerz konzentrierten "Yellow Cake" von den Uranminen in Namibia nach Hamburg, wo er am Süd-West Terminal der Firma C. Steinweg umgeschlagen wird. Der Hamburger Familienbetrieb ist seit 1997 im Schiftransport und Logistik zwischen dem südlichen Afrika, Europa, den USA sowie Mexiko tätig.
Direktoren sind die Brüder Felix Scheder-Bieschin jr. in Kapstadt sowie Dietrich Scheder-Bieschin in Hamburg. Deren Vater Felix Scheder-Bieschin sen. ist vermutlich noch heute der Kopf des Aufsichtsrats von MACS.

Der Hamburger Hafen ist ein bedeutender Verkehrsknotenpunkt im internationalen Atomgeschäft. Hier kommen Uranerzkonzentrat und Uranhexafluorid aus Kasachstan, Kanada, Namibia und Russland an, von hier wird Uranhexafluorid weiter zu den Aufbereitungsanlagen verbracht, von hier werden Brennstäbe transportiert.
Wie jegliche Nutzung der Atomkraft birgt auch der Transport von atomaren Gütern unverhältnismäßige Risiken, die, sollte es zu einem Unfall kommen, niemand bewältigen kann. Im Hamburger Hafen gibt es keine wirksamen Pläne für die Maßnahmen, die in solchen Fällen ergriffen werden könnten. Das zeigte sich am 1. Mai 2013, als während des Kirchentags die "Atlantic Cartier" im Hamburger Hafen brannte. Das Schiff der Atlantic Container Lines (ACL) hatte unter anderem Uranhexafluorid und Brennelemente geladen. Für 9 Stunden und 41 Minuten, so errechneten Anti-Atom-Gruppen, war das Feuer nicht beherrschbar. Die Öffentlichkeit erfuhr erst spät und nur aufgrund massiven Drucks von der tödlichen Gefahr.

Doch die Verschiffung atomarer Fracht bleibt lukrativ. "Für Gefahrgut berechnen Reedereien einen Zuschlag", sagte Dietrich Scheder-Bieschin vor einiger Zeit in einem Zeitungsinterview. Und wenn MACS schlussendlich ihre Schiffe loswerden will, lässt die Reederei sie in Pakistan unter fürchterlichen Bedingungen auch noch kostengünstig abwracken. Jährlich sterben hunderte von Menschen während ihrer Arbeit in der "Shipbreakingbranche".

Aber MACS und ACL sind nicht die einzigen Reedereien, die an dem dreckigen Atomgeschäft teilnehmen. Während sich MACS auf Namibia konzentriert und die ACL von Hamburg aus die USA mit radioaktiven Material ansteuert, haben sich Hapag Lloyd und Orient Overseas Container Line (OOCL) auf den Transport von Uranerz und Uranhexafluorid aus Kanada spezialisiert.
Die Hamburger Hafen und Logistik AG (HHLA), ASPOL Baltic Corporation und die Northern Shipping Company (NSC) transportieren Brennelementen und angereichertes Uranoxid aus Russland bzw. Uranerz aus Kasachstan und Usbekistian nach Hamburg.

Neben der Strahlenemission bei Transport und Weiterverarbeitung, hat der Handel mit atomaren Stoffen verheerende Auswirkungen auf die Gegenden und Länder, in denen das Uranerz abgebaut wird. In den Uranminen in Namibia sind die Arbeiter_innen nur ungenügend vor dem radioaktiven Staub, dem Hautkontakt mit den strahlenden Erzen und der zur Lösung eingesetzten Chemikalien geschützt. Lange Zeit wurden den Arbeiter_innen von den Abbaubetrieben die Gefahren verschwiegen. Lungenkrebs und andere Folgekrankheiten werden in der Regel noch heute nicht als berufsbedingt anerkannt.
Die Gebiete in denen die Uranminen betrieben werden, sind über Jahrtausende verseucht. Mehr als 80 % der radioaktiven Strahlung bleibt mit dem Abraum liegen, verseucht die Luft und das Grundwasser. Auch die toxischen Chemikalien, die zur Gewinnung des Uran aus den Erzen eingesetzt werden, tragen zur Verseuchung bei. Zugleich werden zum Abbau der Uranerze und für die Anreicherung zum "Yellow Cake" riesige Wasser- und Energiemengen benötigt, die an anderer Stelle bitter fehlen.
Und während stetig weiter gefördert wird, bleibt die Endlagerung des Atommülls ungeklärt. Eine sichere Entsorgung kann und wird es nicht geben.

★

Trotz Stilllegung einiger deutscher AKWs und der Ankündigung für einen freiwilligen Umschlagsverzicht im rot-grünen Hamburger Koalitionsvertrag geht im Hamburger Hafen das Ent- und Beladen von Schiffen mit radioaktiven Material weiter. Jeden zweiten Tag findet ein Atomtransport statt. Wen wundert's, wo doch die Stadt Hamburg zweidrittel der Anteile an der HHLA und 25 % an Hapag Lloyd besitzt.

Wir unterstützen den Aufruf, während des G20 die Hafenlogistik in Hamburg lahm zu legen!
Für einen weltweiten sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie!
Den Profiteur_innen der Atommafia Tschüss sagen!

Macht mit beim Aktionsmonat gegen den G20-Gipfel im April und sagt Tschüss!

19.02. Kiel: Burschi/ IB - Auto tiefer gelegt

in der dunkelheit des sonntag wurde einem auf dem gelände der königsberger burschenschaft der allemania (Kiellinie 92) parkenden auto die reifen zerstochen. die allemania: ist mitglied beim rassistischen verband "deutscher burschenschaften"; stellte der afd räume für veranstaltungen zur verfügung; hat inhaltliche und personelle überschneidungen zur extrem rechten identitären bewegung in kiel. dies ist eine erste direkte reaktion auf den mes-

LITTER DER NACHT : : DOKUMENTATIONEN

ser-angriff von mitgliedern der identitären bewegung auf einen antifaschisten letzten freitag in lübeck.
unsere solidarität dem verletzten antifaschisten! unsere wut der identitären bewegung und ihren sympathisant innen

22.02. HH: Anschlagserklärung zum Angriff auf den Schanzenhof



Wir übernehmen die Verantwortung für den Angriff auf die Pizzeria „Jills" und auf die Rezeption des Pyjama Hotels im Schanzenhof am 22.2.2017. Wir gehen nicht blind durch unsere Viertel. Wir sehen genau hin. Wir nehmen wahr. Wir analysieren das Geschehen. Wir beobachten und ziehen unsere Schlüsse. Und wir wissen genau wer unsere Feinde sind. Der Prozess der Vertreibung, ist der Prozess der Aufwertung, ist der Prozess der Gentrifizierung, ist der Prozess des Kapitalismus.

Der Prozess der Ohnmacht, ist der Prozess der Wut, ist der Prozess der Organisierung, ist der Prozess des Angriffs. 2013 werden die Häuser des Schanzenhofs verkauft. Die Drecksau das diese erwirbt heißt Maximilian Schommertz. Der Immobilieninvestor und SPD-Politiker erhöht die Mieten so drastisch das ein Bleiben der ursprünglichen Mieterinnen unmöglich wird. Ein Biorestaurant, ein alternatives Hotel, ein Boxstudio und eine Drogenberatungsstelle werden vertrieben. Das alles sind Sachen die ein lebendiges Viertel braucht. Stattdessen finden eine Pizzeria für die Besserverdienenden und ein Hotel für besoffene Touris, die den Charme der Schanze erleben wollen, Platz in den Räumen des Schanzenhofs. Am vergangenen Mittwoch erlebten sie den Charme einer Schanze, die sie so nur aus der Presse kannten.

Um 21:45 zur Betriebszeit, als die Metalljallousien, die sie gegen nächtliche Angriffe schützen sollten noch oben waren, und alle an ihren Tischen saßen und an nichts Böses dachten, wurden wir aktiv. Wir kamen nicht des nachts, wenn alles schläft. Und wir handelten nicht im Schatten. Wir kamen aus der Dunkelheit und erhellten die Straße mit rotem Feuer. Wir vernebelten den Autos die Sicht mit Rauch. Wir strichen ihre graue Fassade mit Farbfeuerlöschern und Gläsern. Wir schlugen alle Scheiben der Pizzeria ein und fast alle Scheiben der Rezeption von Schommartz' Hotel. Dann verschwanden wir hinter einer dicken Wand aus schwarzem Rauch. Wir sahen, wie sie von ihren Plätzen aufsprangen und sich in den hinteren Teil des Raums flüchteten. Sie kamen damit nicht klar, dass der Konflikt, mit dem sie ja „nie" etwas zu tun hatten, auf einmal direkt und hautnah bei ihnen war. In der Presse wurde erzählt, dass jemand sogar aus dem Küchenfenster geflohen sei. Wir lachen über diese Momente. Denn sie zeigen uns, dass ihre Scheinwelt und ihre Arroganz so zerbrechlich sind wie Fensterscheiben.
Mit dieser Aktion zeigen wir uns solidarisch mit allen, die durch das kapitalistische Konzept der Stadt der Reichen vertrieben wurden, oder im Kampf gegen diese hinter Gittern gelandet sind. Wir gedenken auch denen, die in diesem Kampf ihr leben ließen. Denn sie sind die Stillsten und die am Stärksten Betroffensten in diesem Konflikt. Und sie werden immer mehr. Die Betreiberin der Pizzeria sagte später in einem Fernsehinterview, dass solche Attacken ja nicht persönlich gegen Leute wie sie gerichtet wären. Jill sei dir gewiss. Wir nehmen die Kommerzialisierung unserer Stadtteile egal ob Friedrichshein, Kreuzberg, Viertel in Barcelona, Paris oder Rom oder eben St. Pauli und die Schanze sehr ernst. Und dieser Angriff war sehr persönlich gemeint! Diese Aktion soll das Thema Gentrifizierung im Kampf gegen den G--20 in Hamburg behandeln. Mit aufständischen Mitteln. Die Welt der G20 angreifen.
Militante Gruppen

★

03.03. HH: feurige sabotage an mautbrücke auf a261 nahe hamburg
feurige sabotage an mautbrücke auf a261 nahe hamburg
wer auf autobahen unterwegs ist, dem sind sie vielleicht schon aufgefallen: mautbrükken - in wachsender anzahl. doch was machen sie? was ist ihre funktion?ausgestattet mit automatischen infrarotgesteuerten digitalkameras, ausgerichtet auf alle fahrspuren, erfassen sie das kennzeichen eines jeden fahrzeugs, welches unter einer der rund 300 mautbrücken durchfährt. Es findet eine automatische vermessung der fahrzeuge statt, die pkws werden aussortiert und nur die mautpflichtigen lkws gespeichert, um mit einer datenbank abgeglichen zu werden. so zu mindest die offiziellen verlautbarungen...

toll collect ist für den ausbau dieser technik in deutschland verantwortlich. dahinter verbergen sich konzerne wie siemens, daimler und vinchi - bekannte player im bereich der rüstung und dem ausbau diverser herrschaftsinfrastruktur, vom atomkraftwerk bis zum flughafen.

„firmen und institutionen, die sich an der entwicklung und perfektionierung dieser technologien beteiligen, sind ein entscheidender faktor zum erhalt der sozialen ordnung und eine säule der sicherheitsarchitektur um bestehende machtverhältnisse aufrecht zu erhalten. es gibt tausende profiteure, die sich durch die stetige weiterentwicklung und technologischen fortschritt als feinde der freiheit offenbaren. sie sind angreifbar." (aus dem schreiben einer gruppe, die 2016 einen funkmast der bullen in berlin sabotiert hat)

die mautbrücken dienen der automatisierten massenhaften kennzeichenerfassung.
ganz neu ist das nicht, denn die bullen können dies bereits an einigen orten durchführen. in acht bundesländern (badenwürttemberg, bayern, brandenburg, bremen, hamburg, hessen, mecklenburg-vorpommern, niedersachsen und rheinlandpfalz) gibt es die technik und die passenden gesetzte. hierbei handelt es sich sowohl um mobile als auch stationäre einrichtungen.
bisher darf keine dauerhafte speicherung aller erfassten kennzeichen stattfinden, sondern "nur" von straftäter*innen/verdächtigen. in bayern beispielsweise werden an 12 festen standorten und drei mobilen anlagen monatlich 8 millionen kennzeichen erfasst, um sie mit den fahndungslisten abzugleichen.

SPLITTER DER NACHT :: DOKUMENTATION

wir denken, es ist lediglich eine frage der zeit, bis die forderung - beispielsweise des bkas - erfüllt werden und die durch mautbrücken erhobenen daten dazu genutzt werden ständig alles zu erfassen und zu speichern. die pkw-maut, die fahndung nach kriminellen oder terrrorist*innen, ... das potential dieser technik will verwirklicht werden. die träume der vordenker*innen der sicherheitsarchitektur: eine totale erfassung sämtlicher bewegungen, jetzt auch auf der autobahn.
in anbetracht weiter zu erwartender gesellschaftlicher entwicklungen - stichwort rechtsruck - und einer zuspitzung hiesiger verhältnisse, eine unangenehme vorstellung. die bewegungsfreiheit – also des unüberwachten bewegens in selbst gewählte richtungen - wird auf einem weiteren terrain eingeschränkt und damit die kontrolle der gesellschaft voran getrieben.

herrschaft lässt sich nicht allein in den palästen finden. sie ist vielschichtig und begegnet uns überall, wo sich menschen bewegen. die moderne gesellschaft ist geprägt von unzähligen, teils verinnerlichten, (selbst)überwachungs- und kontrollmechanismen, die herrschaft stabilisieren.
das funktionieren des vorherrschenden kapitalistischen systems hängt daran, sowie an per computer getakteten abläufen, an der ständigen digitalen vernetztheit, an der just-in-time produktion und warenverschiffung. überwachungstechnik, wie die der mautbrücken, erkennen wir als teil der infrastruktur, die dem möglichst störungsfreien ablauf dieses systems dient.
mehrere „vulkan"-gruppen haben in den letzten jahren an verschiedenen orten punkte der infrastruktur sabotiert. in ihren communiqués sprechen sie von der netzwerkstruktur der herrschaft – und von der angreifbarkeit eben dieser. wir schließen uns dieser analyse an und leisten unseren beitrag an einem weiteren punkt im kampf für eine herrschaftsfreie gesellschaft.

dazu haben wir einen kabelkasten einer mautbrücke an der autobahn a261 aufgebrochen und darin feuer gelegt.

in unserem fall waren die kästen mit zwei dicken vorhängeschlössern pro tür verriegelt. sie befinden sich in der regel am fahrbahnrand neben der mautbrücke. an anderen orten befinden sich an ihrer stelle kleine metall-häuschen mit massiver stahltür. die kästen waren vollgestopft mit verkabelter technik auf die kästen ist eine kamera samt infrarotscheinwerfer gerichtet, welche sich am oberen ende des am rechten fahrbahnrand stehenden pfeilers der mautbrücke befinden. es ist möglich hochzuklettern, um sie funktionsuntüchtig zu machen, um dann mit der „arbeit" zu beginnen.
beim feuerlegen haben wir darauf geachtet, keine stichflammen zu erzeugen, damit sich vorbeifahrende auf der autobahn nicht erschrekken. dies bezüglich haben wir uns auch für eine mautbrücke entschieden, die nicht hinter einer kurve liegt und somit ein feuer neben der autobahn
beim darauf zu fahren früh zu erkennen ist.

diesen sommer soll in hamburg der g20-gipfel stattfinden. dieses event der führenden industrienationen repräsentiert die welt der ausbeutung, des kolonialismus, der überwachung und kontrolle und kann einen kristallisationspunkt für unseren widerstand bieten. wir begrüßen die bisherige vielfalt der angriffe in diesem zusammenhang und freuen uns über so zahlreiche militante attacken, die bereits stattfanden, und in denen menschen ihre unversöhnlichkeit mit der herrschaft in ihren taten ausdrückten.

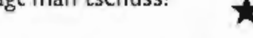
die laufende militante debatte im vorfeld des gipfels verfolgen wir mit großem interesse. den wunsch nach gegenseitiger bezugahme und verknüpfung der lokalen kämpfe – gerade auch international - teilen wir.

der g20-gipfel mitten in hamburg kann als provokation, als angriff gesehen werden. Wir werden uns allerdings nicht der frontalen „schlacht" stellen, die uns die gegenseite aufdrückt. diese können wir nicht gewinnen. die herrschaft, die sich in der infrastruktur materialisiert, ist in metropolen wie dieser an vielen orten zu finden und sie können sie nicht an allen orten beschützen. stürzen wir hamburg ins chaos!

lasst uns nach diesem event daran anknüpfen und die bezugnahme in aktionen und analysen durch's jahr weiterführen. lasst uns uns verabreden, gemeinsam reisen und "orte aufsuchen wo wir uns begegnen, in austausch treten und unsere verwandten erfahrungen vervielfachen." (autonome gruppe zum brandanschlag auf telekom-fuhrpark, berlin 6.11.2016)

was ist ist, was nicht ist, ist möglich!

in hamburg sagt man tschüss!



autonome gruppe carpe noctem

Die Wildnis ruft!

Es geht um Wald, es geht um eine Besetzung, es geht um ein Endlager: Es geht um Bure

In der letzten Zeck haben wir über das nun einsetzende bundesdeutsche Verschiebespiel in Sachen Atommüll berichtet. Von den AKW in Zwischenlager, von der WAA ins Zwischenlager und von einem Zwischenlager ins nächste.

In Frankreich besteht dieses Spiel bislang vor allem darin, Atommüll von den AKW in die WAA LaHague zu verfrachten und ihn dort herumliegen zu lassen. Doch schon seit mehr als einem Jahrzehnt wird auch westlich des Rheins an der Illusion eines Endlagers gebastelt, und schon in wenigen Jahren soll der erste Atommüll per Bahn ins elsässische Bure verfrachtet werden. Dagegen regt sich schon lange Widerstand, der seit Sommer letzten Jahres ein neues Niveau erreicht hat. Für die Einrichtung des nationalen Entsorgungszentrums (CIGEO) sollte ein ganzer Wald gerodet werden, was jedoch durch eine ziemlich entschlossene Besetzung verhindert werden konnte. Eine bereits zum Teil errichtete Betonmauer wurde niedergerissen und verschiedene Angriffe der französischen Polizei auf die Waldbesetzung abgewehrt.



Darüber hinaus entschied ein Gericht, dass die Mauer ohne die entsprechenden Genehmigungen errichtet worden war, so dass die Polizei im Winter ihre Aktivitäten deutlich zurückfuhr. Zum Frühling hin und durch anstehende Gerichtsentscheidungen zeichnete sich jedoch in den letzten Wochen ab, dass dies nur die Ruhe vor dem Sturm ist. Um diesem zuvorzukommen mobilisierte der Widerstand in Bure zu einem Aktionstag am 18.2. in den Wald. Mit einer entschlossenen Demonstration von rund 600 Menschen ging es zum Gelände des Erkundungsbergwerkes. Nachdem im vergangenen Jahr schon die meisten Mauerteile zerstört werden konnten, war nun der Zaun des Geländes dran, der nach der Demonstration ziemlich mitgenommen aussah.

Doch noch beharrt die französische Atombehörde auf dem Endlager in Bure, und für den Sommer zeichnet sich eine weitere Eskalation ab.

All jene, die ihren Widerstand nicht durch nationale Grenzen bestimmen lassen, können sich aufgefordert fühlen, ihren Unmut über den Weiterbetrieb von Atomanlagen im Elsass zu artikulieren.

Weitere Infos unter:
http://de.vmc.camp/2017/02/25/die-zaeune-wurden-durch-20-jahre-zorn-niedergerissen/

Aktion:

18.-19.02. Schieneninformationsfahrt:
Eine Gruppe von bis zu 12 AktivistInnen ist die gesamte Transportstrecke des Urans von Kiel bis nach Narbonne / Frankreich abgefahren, um die Fahrgäste in den Zügen über die auf der gleichen Strecke regelmäßig stattfindenden Urantransporte zu informieren.
An einigen Bahnhöfen (Kiel, Harburg, Osnabrück, Münster, Köln, Bonn, Koblenz, Trier usw...) gab es Infostände und Mahnwachen, so dass sich die Reise gut zwei Tage lang hin zog.

11.03.17 Demonstration
zum Fukushima-Jahrestag in Hamburg - Atommüll verhindern, bevor er entsteht. Start 14 Uhr: Elbpromenade (U-Bahn Baumwall); Abschluss ca. 16:00 Uhr: Große Elbstrasse 38 / Sandberg (Firma MACS)

Normalbetrieb:

03.02.17
Fukushima: Im havarierten japanischen Atomkraftwerk Fukushima ist die radioaktive Strahlung an manchen Stellen so hoch wie seit der Atomkatastrophe 2011 nicht mehr. Der Betreiber Tepco hat im Innern eines Reaktorbehälters 530 Sievert pro Stunde gemessen. Schon sechs Sievert lösen eine tödliche Strahlenkrankheit aus.
Quelle: Deutschlandfunk

25.02.17 232
Mängel bei den Atomtransporten in Hamburg 2016
Über das Hamburger Stadtgebiet und den Hafen fahren eine Vielzahl von Atomtransporten. Nach Auswertung der Drucksachen des Hamburger Senats haben wir die erschreckende Anzahl und auch schwerwiegende Mängel zusammengefasst.

In 2016 ohne den Dezember (01.01.-01.12.2016) wurden bei Kontrollen mit dem Verkehrsträger Schiff 232 Mängel festgestellt. Darunter 79 sicherheitsrelevante Mängel, wie z.B. „keine Ladungssicherung" oder „Schweißnaht eingerissen" und auch „Loch im Querträger".

Flora Termine März / April

So 05.03. 16.30 Uhr
Feministisches Cafe
Mit Mobiveranstatlung zum Frauen*kampftag am 8. März - zu allem was in HH los ist rund um den 8. März. Offen für alle Gender. Jeden 1. Sonntag im Monat.

Mi 08.03. 21 Uhr
Konzert
Vastum - Death Metal aus San Francisco
Seher - Black Metal aus Berlin

Fr 10.03. 20 Uhr
Diskussion
It's the logistics, stupid?! - Logistik als antikapitalistischer Schwerpunkt bei den G20-Protesten
Zum G20-Gipfel möchten die Gruppen "Grow" und "Beyond Europe" die Aufmerksamkeit der radikalen Linken auf die Logistik des Kapitals richten (und meint damit den Warenverkehr, Häfen usw) und diese als antikapitalistischen Schwerpunkt vorschlagen. Es diskutieren: TPTG (Griechenland), Internationale Plattform Transnational Social Strike, "ums Ganze!" Bündnis.

Sa 11.03. 20.30 Uhr
Soli für G20-Krams und globale Kämpfe.
Die Rote Zone lädt ein - Final Part
Live: Period Pain and the Vaginal Fluids, Marap, Pressluſthanna, Monoreim, Konny, Hörzu!, Faux Pas, Die Diebin, Dishlicker, Yuppiescheuche. Dazu Siebdruck (Klamotten mitbringen)
Vokü/Küfa, Sekt/Saftbar, Infostände und Überraschungseier.
Aftershow mir DJs: Noche Zombi (Hip Hop), Chi (Trap), A v v a (Bass).

Fr 13.03. 19.30 Uhr
Diskussion
Solidariwas?!
Zum Tag der politischen Gefangenen 2017. Ist der Solidaritätsbegriff wirklich unteilbar und strömungsübergreifend unwidersprochen gültig? Oder ist Solidarität abhängig von Zustimmung zu bzw. Ablehnung von politischen Inhalten? Mit Andreas-Thomas (Bewegung 2. Juni, 10 Jahre Knast, heute IL), Sophie (Solikomitee "Freiheit für Sonja und Christian"), Peter und Piet (Soligruppe zur Unterstützung von Bernhard Heidbreder und für die Einstellung des K.O.M.I.T.E.E.-Verfahrens), Henning (Bundesvorstand der Roten Hilfe).

Fr 17.03. 19 Uhr
Buchvorstellung
Andreas Speit: Bürgerliche Scharfmacher. Deutschlands neue rechte Mitte – von AfD bis Pegida
Im Rahmen des Antia-Tresen.

Sa 18.03. 18.30 Uhr
Kämpa Malmö! – Den antifaschistischen Selbstschutz organisieren!
Im Anschluss an eine feministische "Take back the night"-Demo 2014 in Malmö wurden vier Antifaschist*innen von einer Gruppe Neonazis angegriffen und zum Teil lebensgefährlich verletzt. Ende letzten Jahres wurde einer der beteiligten Neonazis freigesprochen. Einer der Angegriffenen ist anwesend und wird über die juristische und politische Aufarbeitung des Angriffs und die Neonaziszene in Schweden sprechen.

Fr 31.03. 20 Uhr
Konzert Soli für (mögliche) G20-Repressionskosten
Finisterre- Crust/HC aus Köln
Krank - Punk aus HH
Argos - Punk/Emo aus Berlin.
XschmutzigermenschX - HC-Punk aus HH

Do 13.04. 21 Uhr
Konzert
Solbrud - Black Metal/Doom aus Kopenhagen
Verheerer - Black Metal aus Flensburg
Paramnesia - Atmospheric Black Metal aus Frankreich

Do 27.04. 21 Uhr
Konzert
Come to Grief - Doom/Sludge aus USA
Sado Zora - Doom aus Mazedonien

Floragruppen und regelmässige Termine

Archiv der Sozialen Bewegungen und Fotoarchiv: jeden Montag 15-20 Uhr (Tel. 433007)

motorrad werkstatt: jeden montag schrauben und klönen ab 18 uhr. kommt vorbei!

fahrradselbsthilfe: mit ra(d)t und tat stehen euch die schrauber montags von 18.30-21 uhr zur seite!

offene baugruppe: wir erfinden gerade die flora neu und nehmen umfangreiche umbaumaßnahmen im erdgeschoss in eigenleistung vor – wenn ihr lust habt, euch handwerklich in einem spannenden und herausfordernden politischen umfeld zu engagieren, kommt samstags um 12 uhr vorbei!

sportraum: selbstverwalteter sportraum (1. stock) von neigungsgruppen mit unterschiedlichsten bewegungsangeboten. interessierte können über das plenum kontakt aufnehmen!

bandproberäume: insgesamt vier übungsräume im keller der flora werden in selbstverwaltung von bands gemeinsam genutzt. interessierte können über das plenum kontakt aufnehmen!